

Ausschuss für Kultur und Medien
Wortprotokoll

2. Sitzung, öffentlich

Berlin, den 13.11.2002, 15:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus 4.400
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Monika Griefahn, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	S. 4
Tagesordnungspunkt 1	S. 5
Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, über die Arbeitsschwerpunkte der 15. Wahlperiode	
Tagesordnungspunkt 2	S. 4
Beschlussfassung über die Einsetzung eines Unterausschusses „Neue Medien“	
Tagesordnungspunkt 3	S. 4
Verschiedenes	

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

SPD

Barthel, Eckhardt
Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Kubatschka, Horst
Schröter, Gisela
Tauss, Jörg

CDU/CSU

Gauweiler, Peter, Dr.
Lengsfeld, Vera
Neumann, Bernd
Nooke, Günter
Steinbach, Erika

Blank, Renate
Kriings, Günter, Dr.
Krogmann, Martina, Dr.
Stetten, Christian Freiherr von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

FDP

Otto, Hans-Joachim

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Tillmann	BKM
Breuer-Glein	AA
Fuchs	BMWA
Lang	BMJ
Grolig	AA
Daerr	AA
Horion-Vogel	BKM
Bias-Engels	BKM
Beiffuss	BKM

Bundesrat

Kalusche	LV Sachsen
Büter	LV Niedersachsen
Sembill	LV Niedersachsen
Rieger	Senatskanzlei Berlin
Suermann	LV Hessen
Hoch	LV Mecklenburg-Vorpommern
Eickhoff	LV Baden-Württemberg
Dietzen	LV Thüringen
Forst	LV Sachsen-Anhalt

Fraktionen und Gruppen

Levy	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drechsler	SPD
Gehrke	CDU/CSU
Lohs	FDP
Wemmel	CDU/CSU
Passek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schemel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben heute eine öffentliche Sitzung. Wir fangen nur deshalb nicht pünktlich an, obwohl wir das normalerweise tun, weil wir im Plenum Fragestunde hatten und die Staatsministerin bis zur letzten Frage da bleiben musste, weil die letzten Fragen kulturpolitische Fragen waren. Da Sie aber alle wissen, dass die Fragestunde nur zwei Stunden dauert, wurde sie um 15.30 Uhr beendet, egal, welche Frage dran war. Deswegen erwarten wir die Staatsministerin jede Minute hier. Ich bitte noch um einige Minuten Geduld. Vielleicht kann ich ja einfach schon einmal einige formale Dinge vorher klären. Erst einmal herzlich willkommen an die Kolleginnen und Kollegen, die schon da sind. Herzlich willkommen an die Gäste. Es ist unsere erste richtige Sitzung in der neuen Legislaturperiode. Wir haben heute eine öffentliche Sitzung, deshalb wird es hier auch Mitschnitte geben. Ich gehe davon aus, dass in dem Moment, in dem alle einer öffentlichen Sitzung zugestimmt haben, damit Einverständnis besteht, dass auch Mitschnitte gemacht werden. Es wird ein Wortprotokoll über die Sitzung gemacht, das heißt, man kann hinterher die Dinge auch entsprechend nachlesen, wenn man vielleicht irgendetwas nicht richtig mitbekommen hat. Nur so viel zu Ihrer Information.

Vielleicht noch ein Hinweis: Wir hatten eine Ergänzungsmitteilung über einen Tagesordnungspunkt, nämlich noch eine Unterrichtung über das Urhebergesetz. Angesichts der Tatsache, dass es vielleicht doch eine ausführlichere Debatte über die vielen Punkte der Koalitionsvereinbarung und des politischen Programms geben wird, gehen wir davon aus, dass, wenn das Urheberrechtsgesetz morgen in den Bundestag eingebracht wird, wir uns hier in einer der nächsten Sitzungen natürlich mit diesem Punkt beschäftigen. Wir werden ihn daher heute absetzen. Als Obleute empfehlen wir aber, und ich bitte um Ihre Zustimmung, den federführenden Rechtsausschuss zu bitten, eine entsprechende Anhörung, die zu dem Gesetz natürlich geplant ist, gemeinsam mit dem Kulturausschuss durchzuführen. Das haben wir ja auch schon an anderer Stelle gemacht. Wenn ich jetzt keinen Widerspruch höre, gehe ich davon aus, dass das so beschlossen ist. Die Obleute waren einstimmig der Meinung. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann gehe ich auch davon aus, dass wir den Bereich Unterrichtung zum Urhebergesetz in diesem Falle vertagen können. Es wird ja morgen die Einbringung im Bundestag erfolgen und wir werden den Gesetzentwurf dann demnächst wieder aufsetzen. Ich darf dann noch berichten, dass die nächste Sitzungswoche Haushaltswoche ist; da finden traditionell keine Ausschusssitzungen statt. Wir werden uns dann, weil der Haushalt in der nächsten Sitzungswoche eingebracht wird, in der übernächsten Sitzungswoche, das ist die Sitzung am 18. Dezember 2002, mit dem Haushalt ausführlich beschäftigen und alle Bereiche, für die wir zuständig sind, dann hier auch aufrufen, also sowohl den Haushalt des BKM als auch des Auswärtigen Amtes, des Bundespresseamtes sowie des Wirtschaftsministeriums. Das ist das eine, dann haben wir auch noch im Obleutegespräch besprochen, und ich bitte da auch um die Zustimmung, dass der Tagesordnungspunkt 2, das ist die Einsetzung des Unterausschusses „Neue Medien“, auf die nächste Sitzungswoche verschoben wird. Wenn ich da keinen Widerspruch sehe, gehe ich davon aus, dass auch hier Einverständnis besteht. Dann denke ich, sind wir mit den übrigen Punkten der Tagesordnung durch. Wenn jetzt noch Punkte unter „Verschiedenes“ sind, können wir die vielleicht auch vorziehen, bis die Frau Ministerin kommt, dann haben wir hinterher wirklich das Wort frei für die Diskussion, für die Inhalte. Gibt es noch etwas? Das ist nicht der Fall. Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung, bis sie kommt.

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, über die Arbeitsschwerpunkte der 15. Wahlperiode

Die letzten Fragen an die Staatsministerin im Plenum sind gerade verhallt und sie ist herübergeeilt, um gleich weiter Rede und Antwort zu stehen. Frau Ministerin, wir begrüßen Sie ganz herzlich bei uns im Ausschuss. Es ist unsere erste ausführliche Sitzung; wir haben bislang nur die konstituierende Sitzung gehabt. Deswegen ist es auch ein guter Auftakt, dass wir uns heute ausführlich mit dem Programm und der Koalitionsvereinbarung und den Umsetzungsschritten, die Sie planen, beschäftigen können. Wir haben heute eine öffentliche Sitzung, Sie sehen das, es sind auch Mitschnitte vorgesehen; es sind sehr viele Interessierte da, insofern erwarte ich eine muntere Debatte. Wir werden es folgendermaßen machen: Die Ministerin wird jetzt erst einmal vortragen, dann schlage ich vor, dass wir eine Runde mit Stellungnahmen bzw. Fragen der Fraktionen machen, dann antworten Sie bitte erst einmal, sonst wird es hinterher zu viel. Dann machen wir die nächste Runde und verfahren so weiter. Einverstanden? Gut, dann darf ich Sie bitten, einfach anzufangen.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM): Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es war in der Tat eine Gefälligkeit an uns, dass nach Ablauf der Fragestunde unsere Fragen trotzdem noch beantwortet werden konnten, zumindest diejenigen des Abgeordneten, der noch da war. Sie warteten ja hier schon auf mich. Ich werde die Fragen alle hier noch einmal beantworten können, wenn Sie sie stellen. Meine Damen und Herren, zunächst einmal gehe ich doch ein bisschen auf die Planungen für die nächste Zukunft ein. In meiner ersten Rede im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich, das haben Sie gehört, mein Amtsverständnis charakterisiert. Ich habe dort gesagt, ich sehe mich als Anwältin der Kultur und der Medien mit drei Schwerpunkten in der Praxis, nämlich dem Moderieren, dem Repräsentieren und dem, was ich persönlich gerne Missionieren nenne, was ich als Vermittlung von Kunst und Kultur verstehe. Diese Rolle verlangt, dass man sich nicht nur an momentanen politischen Problemen orientiert - so wichtig diese auch immer sind. Zur Verantwortung der BKM gehören große, traditionsreiche Einrichtungen, richtige Kulturtanker, die in der meisten Zeit ruhig durch die Meere fahren und dadurch dann von der Politik, von der aktuellen Politik auch immer leicht vergessen werden. Zu diesen Institutionen, die auch den größten Anteil der Alltagsarbeit der BKM ausmachen, will ich zunächst ein paar Anmerkungen machen. Danach werde ich dann auf einige ganz aktuelle Vorhaben eingehen, die in den nächsten Wochen und Monaten auch das Parlament und uns gemeinsam beschäftigen werden. Darüber hinaus möchte ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit - das werden Sie mir aus Rücksicht auf unsere gemeinsame Zeit heute Nachmittag auch nachsehen - Stichworte für eine Agenda geben, die uns in dieser Legislaturperiode beschäftigen wird.

Zunächst zu den Kultureinrichtungen. Die beiden Stiftungen, die sich dem preußischen Erbe widmen, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) befinden sich alles in allem in einer guten Fassung. Ihre Häuser und Ausstellungen werden zum größten Teil sehr gut besucht und in aller Regel auch überregional sehr positiv bewertet. Und doch gibt es Probleme, die Grundsatzfragen aufwerfen und nicht heute und nicht morgen, aber doch demnächst aufgearbeitet werden müssen. So ist für die SPK, deren Investitionen seit diesem Jahr

alleine vom Bund aufgebracht werden - das sind ca. 110 Mio. Euro -, zu fragen, ob der Masterplan in seiner bekannten Gestalt revidiert werden muss. Also, die Themen in diesem Rahmen sind, wann und wie wird das Pergamon-Museum fertiggestellt, wann und wie die sogenannte Archäologische Promenade. Die Frage ist zu beantworten, ob und wie die Zeitplanung entzerrt und systematisiert werden kann. Es ist allerdings im Einvernehmen mit Herrn Prof. Lehmann auch durchaus darüber gesprochen worden, dass wir schrittweise Punkt für Punkt abarbeiten wollen und eigentlich nicht gleich in die Debatte über das Ganze einsteigen wollen und damit bestimmte Einzelrealisierungen möglicherweise stören könnten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie in Zukunft die Beteiligung der Länder und Berlins an der Stiftung und an der Finanzierung ihres Betriebshaushaltes aussehen wird. Das Finanzierungsabkommen kann erstmals zum 31. Januar 2005 gekündigt werden. Im Augenblick ist unklar, ob es überhaupt Länder geben wird, die aus der SPK aussteigen wollen. Der Beschluss der MPK vom Dezember 2001, nach dem ein Rückzug der Länder schon beschlossen war, scheint und ist zum Glück wieder vom Tisch. Hier geht es aber um sehr viel Geld, es geht um 266 Mio. Euro Gesamtausgaben und es geht natürlich auch um viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um rund 2000 Stellen. Auch die andere große Stiftung, die SPSG mit ihrem neuen Generaldirektor Dr. Dorgerloh, steht ihrerseits vor großen Problemen. Mitträger und Mitfinanziers, Berlin und Brandenburg, fühlen sich finanziell überfordert. Andererseits gibt es eine Reihe von Schlössern, die noch nicht zur SPSG gehören, obwohl das durchaus sinnvoll wäre, zum Beispiel Oranienburg, Paretz oder Niederschönhausen. Bis Ende 2004 muss ein neues Finanzierungsabkommen ausgehandelt werden, ein Finanzierungsabkommen über immerhin 30 Mio. Euro. Im Übrigen: Warum finanziert der Bund 75 Prozent der Betriebskosten bei der SPK, aber nur 40 Prozent bei der SPSG? Die Frage ist für uns zu beantworten: Ist es sinnvoll für den Bund, den höchsten Finanzierungsanteil zu tragen, aber nur als Juniorpartner zu fungieren?

Während die beiden großen Bonner Kultureinrichtungen, das Haus der Geschichte und die Kunst- und Ausstellungshalle, ebenso wie das Jüdische Museum in Berlin sehr erfolgreich arbeiten, ist das Deutsche Historische Museum in Berlin trotz seiner vielen sehr gelobten Ausstellungen in seinem Stammhaus noch immer eine gewaltige Baustelle. Im nächsten Jahr wird das von Pei entworfene Wechselausstellungsgebäude fertig werden, 2004 das Zeughaus und die Dauerausstellung. Für beides sollten wir im Grunde auch noch die Daumen drücken. Groß, im Sinne von viel Ballast, vielen Problemen, die es noch zu lösen gilt, sind auch die Einrichtungen der Stiftung Weimarer Klassik - vom Goethischen Wohnhaus bis zur Anna-Amalia-Bibliothek, die gerade durch einen umfangreichen Anbau modernisiert und dann restauriert werden wird. Es kommen dazu Probleme bei der Fusion der Weimarer Kunstsammlungen in die Stiftung, die immer noch nicht abgeschlossen ist. Die Stadt Weimar tut sich schwer, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, aber das Versprechen ist gegeben. Das heißt, handeln werden wir erst dann können, wenn die Stadt Weimar sich völlig zurückziehen würde. Das ist aber eigentlich nicht im Sinne der Sache.

Wir haben die drei von Berlin übernommenen Einrichtungen - Haus der Kulturen der Welt, Berlinale und Berliner Festspiele - in eine neue KulturveranstaltungsGmbH des Bundes überführt und neu geordnet. Die Intendanten der drei großen Bereiche, also Haus der Kulturen der Welt, Berlinale und Festspiele, haben mit einem vierten gleichberechtigten kaufmännischen Geschäftsführer nach dem Vier-Augen-Prinzip zusammenzuarbeiten. Dadurch werden mehr Transparenz und vor allem mehr

Kostenkontrolle möglich. Während das Programm des Hauses der Kulturen der Welt und die neue Form der Berlinale viel Lob bekommen haben, sind bei den Festspielen mit ihren Festwochen - nicht mit der Maerz-Musik, dem Theatertreffen und dem Jazzfest, sondern nur mit den Festwochen - durchaus konzeptionelle Probleme zu erkennen. Das sehr anspruchsvolle Programm der Festwochen hat nicht die erhoffte Resonanz gefunden. Das hat aber ganz unterschiedliche Gründe. Es mag daran liegen, dass die Festwochen räumlich und zeitlich zu unübersichtlich waren, das war zumindest eine Klage, die am häufigsten geäußert wurde. Es mag daran liegen, dass die PR nicht richtig funktioniert und dass vor allem die Ausrichtung der Planer darin bestand, ein neues und eher junges Publikum zu gewinnen und neu anzusprechen. Das ist aber nun immer so, wenn man ein anspruchsvolles Ziel verfolgt, wer mutig genug ist und etwas wagt, der riskiert im ersten Ansatz, damit auch zu scheitern. Wer aber heute nur auf Nummer sicher gehen will und geht, der wird sicher mittelfristig auch nichts Sinnvolles gewinnen, d.h. es wird ihm dann kaum möglich sein, Neugierde zu wecken und es wird ihm auch kaum möglich sein, ein neues Publikum heranzuziehen, auch wenn er in einem Jahr mit dem alten Publikum vielleicht erfolgreicher dasteht. Aus Zeitgründen verzichte ich auf Anmerkungen über die Deutsche Bibliothek, das Bundesarchiv, die Gedenkstätten, also Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Topographie des Terrors, Hohenschönhausen, Sachsenhausen usw. Das sind große Brocken. Wir sind ja dazu da, um darüber zu reden. Wir können gerne heute über alles reden. Wir haben nur eine zeitliche Begrenzung und ich habe mir jetzt die wichtigsten Akzente in aktueller Gegenwart herausgesucht. Ich erwähne nur - auch das ist wichtig, bleibt wichtig, wir können gerne darüber reden - das Kulturprogramm „Neue Länder“. Da würde ich gerne der Vorsitzenden die Leuchttürme überreichen, das ist eine neue Publikation, die wir über die neuen Länder gemacht haben. Sie alle, meine Damen und Herren, werden sie in der nächsten Woche erhalten, aber symbolisch soll die Vorsitzende das erste Exemplar haben.

Vorsitzende: Herzlichen Dank.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM): Zu erwähnen sind natürlich auch das Blaubuch, die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Kulturinstitute und das Thema Beutekunst. Alles sind große Bereiche in unserer nächsten Legislaturperiode, alles wird aber auch nach und nach abgearbeitet werden. Ich möchte zu unseren konkreten Vorhaben kommen. Noch in diesem Jahr wird der Haushalt 2003 in einer zweiten Entwurfsfassung dem Bundestag zugeleitet werden. Auch in diesem Ausschuss werden wir noch vor der Weihnachtspause, d.h. unmittelbar, einen ersten Beratungsdurchgang haben. Wir werden im Ausschuss und im Bundestag über alle großen und kleinen Projekte reden können. Wir werden aber auch im Kulturbereich zu spüren bekommen, dass die Haushaltskonsolidierung voranschreiten muss und dass wir nicht alles, was wir gerne gehabt hätten, erreichen konnten. Ebenfalls noch in diesem Jahr werden die Steuerreform-Gesetze parlamentarisch verhandelt werden; hier geht es um eine erste Anwendung der Kulturverträglichkeitsprüfung. Beim ersten Thema „Abzugsfähigkeit von Unternehmensspenden“ waren wir erfolgreich. Bei der Frage „Mehrwertsteuer“ ist auch gemeinsam Achtsamkeit und die differenzierte Analyse möglicher Folgen gefragt. Wir brauchen in diesem Bereich eine wirklich differenzierte Analyse, weil man beim Subventionsabbau nicht gut siegreich sein wird, wenn man einfach ganze Bereiche undifferenziert ausklammern möchte. Wenn, wie in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen, eine Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ vom Parlament

eingesetzt werden soll, so müssten die Vorbereitungen hierzu auch noch in diesem Jahr beginnen. Wir sind natürlich bereit, jedwede Zuarbeit für diese Kommission zu leisten. Die Reform der Filmförderung war gewiss häufig Beratungsgegenstand in diesem Ausschuss. Das Konzeptpapier meines Vorgängers wird Grundlage zur Diskussion bleiben. Es muss allerdings in vielen Punkten konkretisiert werden. Ich werde in den ersten Monaten des nächsten Jahres, das muss sein, erneut eine Sitzung des „Bündnisses für den Film“ einberufen, an dem ja auch Vertreterinnen und Vertreter dieses Ausschusses teilnehmen werden, um einfach noch einmal auszuloten, wie weit der Konsens aller Beteiligten denn tatsächlich reicht. Sodann wird ein Referentenentwurf vorgelegt und das Gesetzgebungsverfahren schon im Frühjahr eingeleitet, weil wir das neue Filmförderungsgesetz zum 1.1.2004 in Kraft setzen wollen und müssen. Es geht auch darin um ziemlich weitreichende Fragen: Wollen wir die Referenzförderung stärken und die Abgabepflichten im Filmbereich ausweiten, auch auf die Fernsehveranstalter? Das wird in der öffentlichen Diskussion und in internen Runden wahrscheinlich die spannendste Frage. Wollen wir von Frankreich in der Quotenfrage lernen, in der Zentraleinrichtung FFA, in der Fondsfinanzierung? An spannenden Themen wird es nicht fehlen. Ich habe in Brüssel darauf hingewiesen, dass sich die deutsche Blickrichtung zum Thema Quoten möglicherweise ein bisschen verschiebt, nachdem wir auch in unserem Lande eine ganz anders akzentuierte Bildungsdebatte begonnen haben. Wir wollen und werden im nächsten Jahr das Deutsche-Welle-Gesetz novellieren, auch das geht nur in einer breiten Diskussion mit allen Beteiligten. Konzeptpapiere liegen vor, sowohl von meinem Vorgänger als auch von der Deutschen Welle selbst. Auch hier geht es um grundsätzliche Fragen: Welches sind die Zielgruppen der Deutschen Welle? In welchen Regionen? Auf welchen Wegen, also Radio, Fernsehen oder Internet, und mit welchen Programmen, zum Beispiel auch Übernahmen von ARD und ZDF beziehungsweise Deutschlandradio, will die Deutsche Welle ihr eigenes Profil reformieren? Das Gesetzgebungsverfahren soll, muss und wird im nächsten Jahr beginnen. Wir werden die Reform der Medienordnung fortsetzen und entsprechend der Absprache mit den Ländern nach der Reform des Jugendschutzrechtes nunmehr das Datenschutzrecht harmonisieren. Der vom Bundeskanzler eingerichtete „Runde Tisch gegen Gewalt in den Medien“ mit Vertretern des Rundfunks, der Video- und der Spielbranche wird seine Arbeit fortsetzen und zu einer Reihe freiwilliger Vereinbarungen führen.

Der Hauptstadtkulturvertrag hat sich bislang bewährt, er läuft bis 2004 und er sollte im nächsten Jahr durch einen Vertrag für 2005 ersetzt werden. Hier ist selbstverständlich noch vieles unklar, weil es auch eine Frage der Finanzierungsmöglichkeit ist, aber es ist eben auch eine Frage der Konzeption. Wird sich der Bund noch stärker, also über die bislang schon eingesetzten 300 Mio. Euro, in der Hauptstadt engagieren? Sollten zu diesem Zweck und zur Entlastung des Berliner Kulturetats weitere Einrichtungen in die Verantwortung des Bundes übernommen werden und könnte der Bund eventuell auch strategischer Partner für Berliner Einrichtungen sein, die nicht in die Finanzierung des Bundes übernommen werden? Ich persönlich tendiere dazu, lieber Einrichtungen ganz zu übernehmen und damit auch die finanzielle und konzeptionelle Verantwortung zu übernehmen, als dann in irgendwelchen Mischfinanzierungen keine Verantwortung für Kontrolle zu haben. Aber da jede Übernahme einer jeden Kultureinrichtung zusätzliche Finanzmittel erfordern würde und das in nicht geringem Ausmaße, kann dies in der Kulturpolitik allein leider nicht entschieden werden. Also, eine gemeinsame Anstrengung, meine Damen und Herren, wird auch hier erforderlich sein. Nach dem Bericht der inter-

nationalen Kommission zur Bebauung des Berliner Schlossplatzes und nach dem Grundsatzbeschluss des Deutschen Bundestages sind viele Fragen der Nutzung im Detail noch nicht abschließend geklärt. Die Frage der Nutzung kommt ja auch erst dann, wenn wir es haben. Aber die zentrale Vorfrage ist auch in diesem Fall die der Finanzierung und diese zentrale Vorfrage ist nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Parlament und Regierung zu beantworten. Leider weder von mir noch von diesem Ausschuss alleine. Ich nehme an, wir könnten uns durchaus einigen. Wir werden unsere Bemühungen um eine Stärkung der deutschen Rock- und Popmusik auf nationaler und internationaler Ebene fortsetzen. Insbesondere die Idee, gemeinsam mit der Musikwirtschaft ein „Musikbüro“ mit Schwerpunkt „Vermittlung nach außen“ aufzubauen, wird weiter gemeinsam mit den anderen beteiligten Ressorts verfolgt werden.

Die in diesem Jahr errichtete Kulturstiftung des Bundes ist, wie Sie als Mitglieder des Stiftungsrates wissen, auf einem guten Weg, auf einem sehr guten Weg. Dass es nicht zu einer Nationalen Stiftung von Bund und Ländern gekommen ist, mag man bedauern. Es ist aber der föderalen Struktur geschuldet und hat im Grunde dadurch auch seine Berechtigung. Wir haben eine föderale Struktur und haben darauf auch Rücksicht zu nehmen und wollen das auch. Ob und wieweit es zu einer stärkeren Verbindung zwischen beiden Stiftungen kommen wird, also der Kulturstiftung der Länder und der Kulturstiftung des Bundes, ist im Augenblick schwer einzuschätzen. Wir streben es an. Für die Länder allerdings müsste dies zu einem stärkeren finanziellen Engagement führen. Das ist zur Zeit nicht leicht zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Systematisierung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern ausführlich erörtert worden; dies hat im Kulturbereich zu einem relativ übersichtlichen Ergebnis geführt. Der Zwischenbericht zur Kompetenzabgrenzung stammt vom 13.6.2002. Es gibt einen zentralen Dissens zu der Frage, ob der Bund aus eigenem Recht Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung fördern darf. Praktisch ist dieser Dissens nicht von besonders großer Wichtigkeit, er bezieht sich nur auf drei Einrichtungen. Ich bin relativ sicher, dass wir für diese Einrichtungen eine Lösung finden werden. Aber für eine „verdachte“ Kulturstiftung, also eine Stiftung, die die anderen Stiftungen unter einem Dach zusammenfasst, hätte dies doch Konsequenzen, die nicht nur positiv sind, denn die Länder schlagen eine Drei-Säulen-Kulturstiftung vor. Eine länderbezogene, eine bundesbezogene und eine gemischte Säule, in der alle umstrittenen Aktivitäten gemeinsam verwaltet werden sollen. Dies halte ich nicht für überzeugend. Ich halte eine Säule aus Umstrittenem für gar keine Säule und Gemischtwaren sind in der Kulturpolitik auch eher selten. Wir sollten also die Systematisierungsdebatte weiterführen, ihr die Zeit geben und sie im Übrigen auch nicht isoliert für den Kulturbereich führen, sondern sie immer wieder zurückbinden an die allgemeine Debatte über die Zukunft des Föderalismus in Deutschland.

Wir haben durch dieses neu geschaffene Amt der Staatsministerin für Kultur und Medien ja nicht nur endlich ein kulturpolitisches Gewicht in Europa, im Kreise der europäischen Kultusminister, sondern wir haben natürlich auch ein kulturpolitisches Ohr. Wir müssen verstärkt darauf achten, dass die Kulturverträglichkeit der Brüsseler Rechtssetzungen und deren Umsetzung in nationales Recht gewährleistet wird. Ein erstes Beispiel wird die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft sein, ein zweites das Folgerecht, ein drittes die in den Jahren 2003 und 2004 anstehende Revision der Fernsehrichtlinie. Ebenfalls auf der europäischen Ebene bewegt sich das Thema „Schaffung von transnationaler Öffentlichkeit“. Staatspräsident Chirac und der Bundeskanzler

haben beim letzten deutsch-französischen Gipfel in Schwerin vereinbart, die europäische Dimension von ARTE deutlich zu stärken und den Sender ARTE zu einem Nukleus eines europäischen Qualitätsprogramms weiterzuentwickeln. Wir wollen die Unesco-Konvention von 1970 bzw. das UNIDROIT-Übereinkommen von 1995 zum Schutz von Kulturgütern gegen Diebstahl und illegalen Export im Jahre 2004 ratifizieren. Das Auswärtige Amt wird das Ratifizierungsverfahren umgehend einleiten. Wir wollen das Engagement des Bundes bei Stätten des Weltkulturerbes verstärken. Da dies auch zusätzliche finanzielle Mittel verlangen wird, muss zugleich geprüft werden, aus welchen Förderungen sich der Bund in welchem Umfang entsprechend zurückziehen kann oder will. Die Brisanz dieser Fragestellung liegt auf der Hand und verlangt ein behutsames und vor allem ein kommunikatives Vorgehen.

Meine Damen und Herren, neben den Anliegen, neben diesen einzelnen Themen ist ein Anliegen ganz grundsätzlicher Natur besonders wichtig. Der Umgang mit Kultur verlangt nicht zuletzt eines: Sensibilität auf der einen Seite und offene wie verständigungsorientierte Formen der Kommunikation andererseits. Ich freue mich unter diesen Vorzeichen auf die Diskussionen hier im Ausschuss für Kultur und Medien und auf die Arbeit mit Ihnen. Vielen Dank!

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Frau Ministerin Weiss. Ich denke, wir haben in den letzten vier Jahren diesen Ausschuss etabliert, inzwischen stellt ihn ja auch keiner mehr infrage. Wir haben uns als Ausschuss auch ein Stück als Lobby für Kultur und Kulturschaffende verstanden und wir haben sehr häufig in diesem Ausschuss gemeinsame Lösungen gesucht und auch gefunden. Sie haben das sehr richtig erwähnt, es war manchmal auch ein gemeinsamer Kampf gegen andere, die auch Interessen haben, sei es die Finanzpolitik, die Wirtschaftspolitik etc. Daher ist, glaube ich, das neue Instrument der Kulturverträglichkeitsprüfung schon ein ganz wichtiges; Sie haben es ja erwähnt. Bei der Frage der Spendenabzugsfähigkeit ist das nicht nur eine Frage, die Kultur als solche behindert hätte, sondern es hätte auch tatsächlich Arbeitsplätze gekostet und wäre dann eben auch wirtschaftsunverträglich gewesen. Das kann weder im kulturellen noch im gesamtgesellschaftlichen Interesse sein, und ich denke, dass wir auch andere Projekte unter diesen Gesichtspunkten hier gemeinsam als Kulturausschuss bearbeiten und betrachten müssen. Ich habe jetzt bereits eine lange Rednerliste und würde darum bitten, dass wir die erste Runde jetzt erst einmal mit ganz konkreten Fragen starten, damit die Staatsministerin immer da, wo noch Nacharbeitungsbedarf ist, auch antworten kann. Deswegen denke ich, wir fangen mit einer ersten Runde an. Herr Nooke, bitte.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Danke, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Ministerin, wir werden sicherlich unter uns klären, was Fragen und was Einschätzungen sind, aber vorab darf ich ohne zu fragen, sicher noch einmal gratulieren zu der Wahl und zu dem verantwortlichen Amt, auch seitens der CDU/CSU-Fraktion. Wir haben ja schon miteinander gesprochen und Sie haben mir auch versichert, dass Sie die vier Jahre hier durchhalten und sie nicht nur als Karrieresprungbrett wie die Vorgänger nutzen wollen. Aber seien Sie sicher, auch wir als Oppositionsfraktion halten die vier Jahre durch, wenn es sein muss. Insofern hoffen wir dann auf die konstruktive Arbeit im Interesse von Kultur und Medien. Vielleicht als Erstes: Wenn man wirklich noch einmal auf den Koalitionsvertrag schaut, den Sie ja nicht selbst geschrieben haben, der ja mehr oder weniger schon fertig war, bevor Sie be-

rufen wurden, dann wollen wir noch einmal, auch wenn Sie jetzt viele Punkte daraus aufgezählt haben, etwas genauer wissen, wie Sie denn gedenken, die Überschriften umzusetzen. Sie haben ja eine ganze Menge aus diesem Vertrag genannt. Insgesamt haben wir schon den Eindruck, dass da eine Sammlung von Selbstverständlichkeiten und kostenlosen Versprechungen an die Klientel dabei sind, aber dass es unter den Überschriften erst spannend wird. Das wird ja die Aufgabe dieses Ausschusses sein, dass wir uns darüber verständigen. Sie haben jetzt Ihre Aufgaben als Moderieren, Repräsentieren, Missionieren beschrieben - das passt aber schon ganz gut zu dem auch etwas Ungenauen, was im Koalitionsvertrag steht: Impulsgeber, Ansprechpartner und Interessenvertreter der Kultur in Deutschland zu sein. Die Frage ist eben immer, ob wir auch an einigen oder wenigstens an wenigen Stellen entscheiden können. Das hätte uns natürlich auch gefreut, wenn das eine oder andere an Kompetenzen in Ihre Beauftragung und in Ihr Staatsministerium dazu gekommen wäre. Wir haben, ob nun in der Auswärtigen Kulturpolitik oder im Medienbereich, hier noch nicht die Stärkung Ihrer Position vonseiten der Koalition nachvollziehen oder überhaupt im Ansatz als Versuch erkennen können. Trotzdem würden wir uns wünschen, dass die Themen natürlich hier nicht nur besprochen, sondern auch mit Gewicht so verhandelt werden, dass dann daraus etwas zu machen ist. Sie haben das mit den Spendenabzugsmöglichkeiten schon angesprochen; dazu kann ich Sie nur beglückwünschen, dass Sie das verhindert haben. Aber man muss einmal deutlich sagen, das war eher Ihre Klientel, die da so laut geschrien hat, so dass es dann möglich wurde, dass Herr Eichel hier nicht entsprechend durchgreifen konnte. Insofern hat also die Kulturverträglichkeit, von der Sie gesprochen haben, den ersten Beweis bringen müssen, dass es nämlich offensichtlich...

Vorsitzende: Stellen Sie ihr Licht doch nicht unter den Scheffel, wir haben das schon gemeinsam geschafft.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Dann ist ja gut, dann haben Sie auch einen Anteil oder zumindest als SPD-Fraktion. Was Kulturverträglichkeit allerdings meint, das wäre jetzt schon eine konkrete Frage, das müssen wir uns hier genau überlegen. Ich sage einmal, im parlamentarischen Geschäft geht es ja auch darum, welche Gesetze und welche Vorlagen und vielleicht auch, was jetzt nicht Gesetze und Verordnungen bei Ihnen im Haus betrifft, bekommt dann dieser Ausschuss. Wenn wir hier Kulturverträglichkeit prüfen wollen, dann sehe ich darin immer noch das ernsthafte und kontroverse Gespräch als erste Möglichkeit und nicht gleich die Bürokratie einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Aber Kulturverträglichkeit, das müsste man dann schon einmal fragen, würde doch eigentlich für uns bedeuten, dass wir relativ viele Gesetze, sei es ein Zuwanderungsgesetz oder der Beitritt der Türkei zur EU und andere Dinge, hier verhandeln müssten. Denn unter Kulturverträglichkeit kann man natürlich weit mehr verstehen als die Spendenabzugsmöglichkeit für irgendeinen Künstlerverband oder -verein. Vielleicht auch noch einmal zu dem, was Sie zur Mehrwertsteuer gesagt haben. Das habe ich so verstanden, dass Sie auf uns als Opposition setzen, dass wir das mit Ihnen gemeinsam verhindern, dass das nicht mehr durchgreift, als Sie mit dem netten Wort „differenziert“ dort angedeutet haben. Ich glaube, dass das, was Sie zum Haushalt gesagt haben, klar ist. Sie haben vorgebaut, ich habe das richtig verstanden. Also, Sie müssen noch ein paar Federn lassen, aber Sie wollen nicht gerne und wir werden Sie dabei unterstützen, darauf können Sie sich auch seitens der Opposition verlassen. Wobei

wir natürlich auch sagen, dass wir Kulturpolitik ja nicht so einfach sehen wollen, dass es nur immer um Geld geht.

Gerade auch, wenn es um Kulturföderalismus, um die Verantwortung der Länder geht, dann ist sicher auch in dem Punkt, wo es um Geld geht, eine differenzierte Debatte notwendig. Wir hätten natürlich an einigen Stellen schon gern etwas größeres Engagement des Bundes, zum Beispiel auch bei den Stätten des Weltkulturerbes. Sie haben ja in Berlin einiges aufgezählt. Ich kann das nur unterstützen. Ich bin ja auch Berliner. Was die Museumsinsel angeht, würden wir uns alle einen Gefallen tun, wenn das relativ schnell vorangeht. Das, was Sie gesagt haben, dass man da noch etwas Ordnung in die Bauabläufe bringen kann, das sehe ich ganz genauso. Die anderen großen Punkte - vielleicht sollten wir uns auch angewöhnen, das auszusprechen, Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Schlösser und Gärten, damit auch alle wissen, worum es da ging; es ist immer etwas schwierig, wenn man im Kulturausschuss so unkulturvoll in den Abkürzungen redet. Ich glaube, dass auch da sicher von unserer Seite Unterstützung da ist. Trotzdem ist natürlich die spannendere Debatte, auch im Zusammenhang mit dem Hauptstadtvertrag, welche Rolle gedenken Sie denn Berlin als nationaler Hauptstadt zu und welche Rolle gedenken die Länder der Hauptstadt zu? Über Föderalismus zu reden, heißt ja in Deutschland, einerseits über Länderkompetenzen zu reden - da sind wir uns einig, da ist Entflechtung und Abschaffung von Mischfinanzierung besser als diese nichttragenden Säulen, die Sie angesprochen haben -, aber natürlich gehört zum Föderalismus auch, dass die Bundesrepublik Deutschland mit Berlin nicht nur ein sechzehntes Bundesland hat, sondern auch eine nationale Hauptstadt. Über dieses Thema, auch darüber, was das kulturell und für die Vertretung Deutschlands im Ausland, für das Bild Deutschlands im Ausland, bedeutet, sollten wir sicher hier auch sprechen.

Sie haben das Schloss angesprochen. Ich würde, weil das eine aktuelle Debatte ist, gleich noch einmal nachfragen, da Sie sich ja als nicht gerade Schlossfreund geoutet hatten und etwas, nicht gerade eingeschnappt, aber doch ein bisschen traurig gesagt haben, es ist leider schon entschieden. Das ist richtig. Der Bundestag hat entschieden. Wir wissen, was wir dort bauen wollen. Über die Schlossfassade ist hier im Bundestag entschieden worden. Das Geld ist noch nicht da, das wissen wir auch. Aber trotzdem würde ich jetzt schon einmal sagen, die Zwischennutzung, für die Sie sich so schnell ausgesprochen haben, hat natürlich immer einen faden Beigeschmack: Wenn Sie erst einmal dort eine Zwischennutzung haben und die Leute Geld investiert haben, dann lohnt es sich natürlich umso eher, je später man mit dem Schlossbau beginnt. Da muss ich ganz klar sagen, das ist nicht die Auffassung der CDU/CSU-Fraktion und auch nicht die der meisten Berliner, die doch diesen Platz dort gern bald bebaut hätten.

Ein anderer Punkt: Noch einmal zu den Enquete-Kommissionen, wo wir schon auch gern etwas genauer gewusst hätten, was Ihre Position ist. Wir kennen den Koalitionsvertrag, wir wissen, dass eine Enquete-Kommission eingerichtet werden soll, „Kultur in Deutschland“ steht da. Das ist aber etwas zu allgemein, um damit wirklich viel Geld auszugeben und Parlamentarier zu unterhalten und Experten einzuladen. Wir müssen schon etwas genauer wissen, was damit gemeint ist. Da würde ich auch gerne von Ihnen eine genauere Position, als Sie jetzt genannt haben, hören. Das andere ist noch einmal die Auswärtige Kulturpolitik, die nur eine geringe Rolle gespielt hat; auch da ist ja die Zuständigkeit im Auswärtigen Amt. Da, das will ich nur noch einmal deutlich machen, geht es zum Beispiel

auch um die Auslandsschulen, für die wir uns in der Vergangenheit schon stark eingesetzt haben. Ein wichtiger Punkt, wenn es um den ganzen Bereich, auch Film und Medien, geht, dass Sie jetzt mit keiner Silbe diese ja außerhalb der EU stattfindenden GATS-Verhandlungen genannt haben. Sie haben gesagt, wir müssen einiges, was auf EU-Ebene läuft, herunterbrechen auf Deutschland. Aber wir müssen auch aufpassen, dass außerhalb der EU im Rahmen von - ich sage einmal, ganz vereinfacht übersetzt - Freihandel bei Dienstleistungen, auch im Bereich von Bildung und Kultur, der Kulturföderalismus nicht einfach abgeräumt wird zu einer Zeit, wo wir noch denken, wir müssten ihn zwischen Bund und Ländern verteidigen. Insofern halte ich das schon für ein wichtiges Thema. Ein anderer Punkt, der aus meiner Sicht vielleicht noch eine Anmerkung Wert ist, ist das Musikbüro. Das war, glaube ich, auch aufgrund unserer großen Anfrage zur Popkultur, die wir einmal in der Vergangenheit gestellt haben, hier ein Ergebnis Ihrer Ausführungen. Das müssten wir uns dann auch genau ansehen, wie es da weitergeht. Ansonsten, damit ich nicht zu lange rede, ein Punkt nur noch, der aus meiner Sicht besonders wichtig ist, der auch nicht angesprochen wurde, aber in der vergangenen Legislaturperiode eine Rolle spielte: Das Zentrum gegen Vertreibung, das ja möglichst hier in Berlin errichtet werden soll, was auch letztlich ein Teil Ihrer Verantwortlichkeit wäre.

Den anderen Punkt, über den wir auch in unserem persönlichen Gespräch schon länger gesprochen hatten, will ich schon noch einmal etwas verstärken, weil das ein bisschen zu kurz war. Das ist die ganze Frage der Gedenkstätten und der Erinnerungskultur in Deutschland. Ich vertrete hier, gemeinsam mit meiner Fraktion, eindeutig die Auffassung, dass es sicher richtig ist, dass der Bund sich auch um Gedenkstätten kümmert. Er macht das im Bereich des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, an die Zeit der Nazidiktatur; hier haben wir auch große Ausgabenposten im Bundesetat. Leider ist, ich will ja gar nicht von der Größenordnung des Geldes sprechen, eine angemessene Gedenkkultur im Zusammenhang mit den Daten der SED-Diktatur nicht vorhanden. Der 17. Juni, der 13. August, der 9. November - das überlässt man dann oft eher dem Kulturpotpourri oder der untergeordneten Bedeutung der Länder. Ich finde, dass wir uns schon auch hier überlegen müssen, ob es nicht so etwas wie nationale Mahn- und Gedenkstätten für diesen Teil deutscher Geschichte gehen sollte, der nun einmal dazu gehört wie der andere. Manchmal ist es vielleicht gut, wenn nicht nur Fraktionen an einigen Tagen dort Kränze hinlegen, sondern auch einmal die Verfassungsorgane des Bundes, weil es an anderen Tagen, ob nun dem 27. Januar oder vor den Synagogen und anderswo, auch passiert. Ich finde, wir hatten zwei Diktaturen im vergangenen Jahrhundert in Deutschland und wir sollten auch versuchen, das in der Gedenk- und Erinnerungskultur, die wir hier auf Bundesebene formulieren, zu berücksichtigen. Als Abschluss vielleicht, wenn es um Kultur und Medien in diesem Ausschuss geht, dann kann ich nur noch einmal unsere Unterstützung, unsere konstruktive Mitarbeit anbieten. Aber ganz deutlich will ich auch sagen, wir sind hier natürlich alle an Kunst und Kultur und sicher auch an Medien interessiert, aber, das will ich schon sagen, unsere Aufgabe, unser Schwerpunkt bei der Kulturpolitik liegt natürlich darauf, dass es um Politik geht und nicht so sehr darum, dass wir uns auch gerne mit guter Kunst unterhalten lassen. Insofern wird die konstruktive Mitarbeit sicher auch die parlamentarische Kontroverse und Auseinandersetzung beinhalten. Das wollen wir aber kulturvoll hier gemeinsam machen. Danke schön.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich möchte gern letzteres erst noch einmal betonen, darüber freuen wir uns. Wir empfinden eine konstruktiv-kritische Begleitung unserer Arbeit durchaus nicht als störend, sondern wir empfinden das als unterstützend. Auch ich möchte natürlich Sie, Frau Weiss, erst einmal begrüßen und beglückwünschen. Ich möchte nur ganz kurz noch einmal sagen, Ihr Beitrag, den Sie heute vor dem Fachausschuss gemacht haben, passt eigentlich gut zu dem, was Sie auch in der Sitzung zur Regierungserklärung im Plenum gemacht haben. Dort haben Sie, ich darf das einmal so verkürzt sagen, Ihre Philosophie in der Kulturpolitik dargestellt und heute die klaren Positionen, was wir vorhaben, was wir machen wollen, wo die Schwerpunkte liegen. Das will ich auch noch einmal ergänzen. Ich fand das übrigens sehr angenehm, dass Sie in mehreren Punkten noch einmal die Offenheit herausgestellt haben, wie man dort, wo ein Problem ist, dieses lösen kann. Das heißt nämlich auch ein Zugehen auf dieses Parlament. Da liegt mir nun als Parlamentarier auch sehr viel daran, dass dieses vorhanden ist, dass wir selbst in diesem Prozess, sowohl Opposition wie Regierungsfraktionen, ganz entscheidend beteiligt sind. Diese Beteiligungen im vorherigen Jahr waren ja vielleicht auch einer der Erfolgsgründe für diesen Ausschuss und für das Amt des Kulturstaatsministers, diese Zusammenarbeit von beiden Seiten. Herr Nooke, Sie haben ja nun in Ihrer Rede im Plenum gesagt, dass Frau Weiss ein Amt antritt, das mit einer großen Hypothek belastet ist. Ich glaube, da springen Sie ein bisschen sehr, sehr kurz, wenn Sie das nur auf die Personalien beschränken. Denn ich glaube schon, dass das, was in diesen letzten vier Jahren sowohl vom Kulturausschuss wie vom Amt - um bei Ihrem Begriff zu bleiben - geleistet worden ist, in der interessierten Öffentlichkeit - die ist zu meiner großen Freude sehr, sehr breit - viel Unterstützung gefunden hat. Ich will das jetzt nicht aufzählen, aber das geht von der Buchpreisbindung bis zur Bundeskulturstiftung, das kennen Sie auch oder werden es, weil Sie ja neu im Ausschuss sind, sicher auch noch kennenlernen. Da ist schon eine ganze Menge geschehen, insofern ist das eigentlich eine gute Hypothek, was bisher getan worden ist. Wissen Sie, mir ist ein Wechsel im Amt lieber, als eine Ablehnung dem Amt gegenüber. Das hatten wir ja vorher. Sie wissen genau, aus bayerischen Landen kam ja damals zu diesem Amt, das es so wichtig sei wie ein Marineminister in der Schweiz. Also, das ist auch eine Hypothek, aber die tragen Sie ja. Wir tragen vier Jahre eigentlich erfolgreiche Kulturpolitik.

Der Nachteil einer Aufzählung von Aufgaben, die hier genannt sind, ist natürlich immer, dass sich jetzt jeder etwas herauspickt oder sagt, das ist aber nicht deutlich genug oder nicht entsprechend seiner Wichtigkeit genannt worden. Ich möchte mich deshalb jetzt auf zwei Punkte beschränken, die auch mehr Generaldebatte sind. Frau Weiss, Sie haben ja die Frage Föderalismus angesprochen. Wir hatten damit in der letzten Legislaturperiode einiges zu tun. Die Töne waren ja manchmal sehr kulturfreundlich, wenn ich das einmal sagen darf. Also, sie waren sehr pointiert und es hat sich auch jeder an dieser Diskussion beteiligen können. Wir haben aber gesehen, dass sich dieser Prozess in eine positive Richtung bewegt, wenn ich das einmal ganz vorsichtig sagen darf. Das läuft dann, manchmal sind ja Begriffe ganz wichtig, unter dieser Frage Entflechtung. Sie haben den Begriff jetzt eben benutzt, Herr Nooke, während wir immer gesagt haben, Entflechtung - und das ist jetzt keine Quizfrage - ist vielleicht nicht der richtige Begriff, eigentlich müsste es Systematisierung heißen. Ich halte diesen Unterschied für wichtig, darin stecken nämlich Unterschiede. Dieser Begriff Entflechtung kann eine ganz dogmatische Ausrichtung sein, dass man sagt, hier darf der Bund, hier dürfen nur die Länder. Ich finde, es gibt auch sinnvolle Zusammenarbeit. Deswegen möchte ich gerade bei dieser Frage der

Systematisierung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern, nachdem nun klar ist, dass auch der Bund Kulturpolitik machen „darf“ und dies keiner in Frage stellt, dass wir ein föderales System mit Kompetenz in der Kultur in den Ländern haben. Wir müssen sehen, dass wir dann nicht auf dieser dogmatischen Ebene bleiben, sondern auch möglicherweise überlegen, wo man etwas gemeinsam machen kann. Ich will das Beispiel bringen, das Frau Weiss hier vorgestellt hat. Das Modell der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist für mich ein Idealzustand für den, wie es immer heißt, kooperativen Föderalismus. Ich würde mich freuen, wenn es dabei bliebe. Ich weiß, dass einige gewackelt haben; sie scheinen aber nicht mehr so stark zu wackeln. Ich finde, das ist ein gutes Modell und insofern möchte ich da keine Entflechtung haben, sondern dieses in diese Gesamtaufgabe Systematisierung des Verhältnisses Bund und Länder mit einbauen.

Ein zweiter Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die Verpflichtung des Bundes gegenüber seiner Hauptstadt. Ich will hier an etwas erinnern, auch für diejenigen, die neu in diesem Ausschuss sind, über das ich mich und, ich glaube, alle sehr gefreut haben. Wir haben ziemlich am Anfang der letzten Legislaturperiode einen gemeinsam von allen Fraktionen getragenen Antrag verabschiedet, in dem deutlich wurde, dass der Bund eine Verpflichtung gegenüber seiner Hauptstadt im Kulturbereich - ich spreche jetzt nur vom Kulturbereich - hat. Wir beide sind nun Berliner und das tut gut, aber das ist nicht nur eine Berliner Frage, denn die Hauptstadt ist nicht nur für die Berliner da. Die Verpflichtung gegenüber der Hauptstadt besteht auch nicht nur vom Land Berlin. Deswegen war mir sehr wichtig, dass es hier eine Geschlossenheit gibt, dass da in dieser Frage nicht gewackelt wird, weil alle Fraktionen zugestimmt haben. Wir haben dieses in unserer Koalitionsvereinbarung nicht nur bekräftigt, sondern gesagt, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir diese Verantwortung auch ausweiten wollen. Ich nehme das sehr ernst, wir alle nehmen das sehr ernst. Das ist Aussage unserer Koalitionsvereinbarung und die steht. Wie das jetzt im Konkreten aussieht, das wird nun auch die Arbeit von uns sein. Es sind ja einige Beispiele genannt worden - alles das, was wir schon damals bei der Frage Hauptstadtstadtkulturvertrag diskutiert haben. Diese Diskussion wird weitergehen. Ich bin übrigens froh, dass sie noch offen ist für uns, obwohl wir ein Limit, auch ein Zeitlimit, haben, aber dieser Bereich ist offen. Ich glaube, es ist gut, dass der Bund sich zu seiner Hauptstadt bekennt. Wobei hier, auch weil ich weiß, dass dabei Föderalismusfragen angesprochen sind, die Kultusminister klar gesagt haben, dass es eine Aufgabe der Bundespolitik ist, die Kultur in der Hauptstadt zu unterstützen. Da gibt es keinen Dissens. Wir haben immer - jetzt bin ich wieder bei Begriffen - von der Hauptstadtstadtkultur gesprochen. Das ist eine ganz wichtige Geschichte. Es gibt nämlich Leute, die von der Kulturhauptstadt gesprochen haben. Auch da könnte nämlich Gutgemeintes in einen falschen Topf hineinkommen. Das gibt es. Wir haben Föderalismus und, Gott sei Dank, haben wir viele Kulturhauptstädte in unserem Land, aber wir haben ja eine Hauptstadtstadtkultur, die zu unterstützen der Bund verpflichtet ist, der sich auch dazu verpflichtet hat.

Einen letzten Punkt will ich nur noch ansprechen, das ist die Frage der Enquete-Kommission. Herr Nooke, hier geht es auch um das Selbstbewusstsein der Parlamentarier. Ich möchte ganz gern, dass das, was die Enquete-Kommission macht, nicht von der Exekutive vorgelegt wird, sondern dass das, was die Enquete-Kommission macht, das ist, was wir wollen. Das sind wir Parlamentarier, und da schaue ich nicht auf die Exekutive, da schaue ich höchstens auf die Kollegen und die Verbände und frage, was sind die Themen? Das wird unsere Arbeit sein, der wir uns stellen wollen. Ich bin übrigens

froh, dass wir diese Enquete-Kommission bekommen können, weil wir dann einmal vertiefter - auch mit stärkerer Unterstützung außerhalb unseres Kreises hier - Themen und vielleicht Lösungswege erarbeiten können, die dringend notwendig sind. Ich will es jetzt in dieser ersten Runde dabei belassen. Frau Weiss, das war jetzt Ihr Einstieg. Sie haben ja schon viele Vorschusslorbeeren in den Medien bekommen, zu Recht aufgrund Ihrer zehnjährigen Tätigkeit in Hamburg. Das ist vielleicht jetzt auch das Gute, das darf ich hier auch einmal sagen, Sie haben eine bestimmte Philosophie, die, glaube ich, von allen im Kulturbereich unterstützt wird, aber Sie haben gleichzeitig auch zehnjährige Erfahrung in der Administration, im Umgang mit Opposition - das nehme ich jetzt einmal vorweg - und auch mit Verwaltung. Das kann der Arbeit wirklich nur gut tun. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg. Der Erfolg wird gesteigert sein, wenn das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative - ich sage es einmal ganz vorsichtig - so bleibt, wie das in den letzten vier Jahren war, denn es gibt viel zu tun, Sie haben es hier aufgeführt. Ich kann es mir nicht verkneifen, noch einen Satz zu sagen. Als die Legislaturperiode zu Ende war, hat mich jemand gefragt: „Sag mal, Ihr habt in den vier Jahren ja schon so viel „abgeräumt“, was wollt Ihr denn überhaupt noch machen?“ Das war als Kompliment gedacht, das war auch sehr nett, aber es ist uns heute hier noch einmal deutlich geworden, welcher Berg von Aufgaben vor uns liegt. Ich würde mich freuen, wenn wir das weiterhin in guter Zusammenarbeit machen. Viel Erfolg bei dieser Arbeit.

Abg. Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Ministerin, auch ich freue mich, natürlich im Namen meiner Fraktion, auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Ich habe jetzt auch versucht, mein Statement so umzuformulieren, dass daraus Fragen werden. Das war ja auch bei meinen Vorrednern nicht immer ganz klar. Deshalb kann es sein, dass es bei mir da auch in bestimmten Bereichen etwas von der Fragestellung abweicht. Ich bemühe mich aber trotzdem. Sie haben zu Anfang angesprochen, dass Ihre drei Zielrichtungen Moderieren, Repräsentieren und Missionieren sind. Ich hoffe, dass dazu auch maßgeblich der Faktor Gestalten gehört, weil das natürlich für uns auch eine ganz wichtige Sache ist. Insbesondere, wenn man dann zu dem zweiten Punkt kommt, den Sie auch angesprochen haben, die Frage der Haushaltskonsolidierung, der schmerzlichen Einschnitte, die natürlich gerade auch den Kulturbereich in bestimmten Bereichen treffen können, weil jetzt viel unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten durchdekliniert werden muss und das natürlich gerade im kulturellen Bereich zu sehr großen Problemen führen wird. Wir haben als Kultur- und Medienpolitiker die Aufgabe, Sie dort entsprechend zu unterstützen. Auf jeden Fall können Sie sich hier natürlich unserer Unterstützung gewiss sein. Von daher die Frage: Sehen Sie trotz Zeiten knapper Kassen Spielräume für die Kulturpolitik, wo sehen Sie diese Spielräume, denn nicht alles hängt an Geldtöpfen und darauf sollten wir uns auch in der Diskussion, denke ich, nicht beschränken. Wenn man dann an die Enquete-Kommission denkt, sind da sicherlich auch Spielräume möglich. Wichtig ist aus Sicht der Grünen auch noch einmal die Überprüfung der Wirksamkeit von Gesetzen aus der letzten Legislaturperiode - hier zum Beispiel die Besteuerung ausländischer Künstlerinnen und Künstler, die Künstlersozialkasse oder das Urhebervertragsrecht. Ist das bei Ihnen eingeplant? Wir wollen für diese Gesetze eine Überprüfung bezüglich der Wirksamkeit haben. Es macht immer Sinn, Dinge, die man beschlossen hat, auch noch einmal zu überprüfen. Aus politischen Gründen kann es sinnvoll sein, auch Nachbesserungen in bestimmten Bereichen vorzunehmen. Genau, Evaluation, ein modernes Wort, das mittlerweile überall das Patentrezept darstellt. Jetzt kurz zur Medienpolitik, zur Quotenfrage beim deutschsprachigen

Anteil im Rundfunk. Da besteht sicherlich noch erheblicher Diskussionsbedarf, auch gerade von Seiten der Fraktion der Grünen. Fragen, die jetzt hier zu weit führen, die ich aber trotzdem kurz anreißen möchte und über die wir später sprechen sollten, sind natürlich die Fragen der Einrichtung eines Medien- und Kommunikationsrats auf Bundesebene. Ist das für Sie persönlich ein Thema? Auch die Frage der Zukunft des norddeutschen Kabelnetzes - eine Frage, mit der wir uns als Medienpolitiker sicherlich beschäftigen sollten. Ich denke, das führt jetzt hier zu weit und würde den Rahmen sprengen, aber es wäre mir zumindest ein Anliegen, dieses sozusagen bei Ihnen im Kopf zu verankern. Von daher von meiner Seite erst einmal diese Fragen.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich werde Ihnen drei Fragen stellen, aber zunächst einmal der ehrlich gemeinte Glückwunsch oder die Hoffnung auf Erfolg Ihrer Arbeit, weil dieser Ausschuss und insgesamt Kultur und Medien im Deutschen Bundestag einen größeren Stellenwert bekommen sollten. Das ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, aber das ist auch unsere gemeinsame Aufgabe mit Ihnen. Da wir ja über Arbeitsschwerpunkte reden wollen, möchte ich jetzt nicht in die Detaildiskussion gehen. Wenn die Kollegin Bettin Quoten sagt, da stellen sich bei mir alle Nackenhaare quer, also da werden wir noch eine fröhliche Diskussion bekommen, aber nicht heute. Mal sehen, ob wir auf derselben Seite stehen. Der deutsche Film jedenfalls muss sich im Wettbewerb behaupten und nicht in Form von Quoten ein abgezauntes Gärtchen bekommen. Meine drei Fragen: Wenn ich Ihren einleitenden Vortrag einmal Revue passieren lasse, sind da einige Dinge dabei, die leider zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes erfordern. Wir wissen, wie momentan die Situation der Haushalte des Bundes und der Länder ist. Was in Ihrem Vortrag leider nicht auftauchte, was mich sehr überrascht hat, weil Sie sich ja in Hamburg sehr große Verdienste durch Ihre Stiftungslösung bei den Museen erworben haben, welche Rolle Sie der privaten Kulturförderung zuweisen. Stichwort Bürgergesellschaft, was haben Sie dort vor, wie sollen die Verpflichtungen der öffentlichen Hand und der Bürger in ein hoffentlich besseres Gleichgewicht als bisher gebracht werden?

Zweitens, Sie haben sich auch in der Öffentlichkeit schon zum Hauptstadtkulturvertrag und zur Übernahme von möglichen Institutionen geäußert. Die Richtung nehme ich mit Interesse zur Kenntnis. Meine Frage bezieht sich auf das Verfahren, aus gegebenem Anlass, weil Ihre beiden Vorgänger beim Hauptstadtkulturvertrag das Parlament nicht so richtig beteiligt haben oder, um es klar zu sagen, gar nicht beteiligt haben. Wir sind später informiert worden. In welcher Form wollen Sie das Parlament beteiligen und wenn ja, in welcher Form halten Sie das für möglich, wenn Sie in Gespräche mit dem Land Berlin eintreten.

Drittens, das hatten wir schon in der Aussprache im Plenum erörtert, Sie sind die Staatsministerin für Kultur und Medien. Jetzt will ich nicht kleinlich rechnen, wieviel Prozent Ihres Vortrages den Medien zugewendet war - mit der Kollegin Krogmann habe ich eben diskutiert, waren es fünf oder zehn Prozent, mehr war es in keinem Fall. Das wollen wir nicht richten, das ist nicht das Thema. Es kommt darauf an, was Sie später machen. Aber nun die Frage, die die Kollegin Bettin aufgeworfen hat und die sehr berechtigt ist, weil der Reformbedarf in diesem Bereich nach meinem Gefühl mindestens so groß ist wie im Kulturbereich: Haben Sie schon inhaltliche Vorstellungen zu einer Reform der Medien- und Kommunikationsordnung in Deutschland oder haben Sie wenigstens Vorstellungen dazu, in welchem Verfahren wir uns da annähern können? Denn das ist natürlich eine Sache, die nicht der Bund

allein entscheiden kann, sondern da müssen wir mit den Ländern gemeinsam „zu Potte“ kommen. Deswegen ist wahrscheinlich der allererste Schritt, dass wir uns über das Verfahren verständigen, um ein kooperatives föderalistisches Verfahren zu gewährleisten. Gibt es von Ihrer Seite da schon jedenfalls vage Vorstellungen?

Vorsitzende: Gut, das war die erste Runde und ich bitte nun um die ersten Antworten. Herr Kollege Otto, um das noch einmal deutlich zu machen, wir haben nicht nur über neue Medien geredet. Die Staatsministerin hat zum Beispiel über Deutsche Welle und Film gesprochen; das sind auch Medien. Mir ist es nur aufgefallen, dass, wenn wir über neue Medien reden, das immer nur ein Teil ist.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM): Ich versuche so, wie ich es notiert habe, von Anfang an zu beantworten. Wenn etwas fehlt, fragen Sie bitte nach. Das Thema Kulturverträglichkeitsprüfung, das in der Koalitionsvereinbarung auftaucht, heißt, dass das BKM, also unsere Behörde, bei allen Gesetzesentwürfen beteiligt wird, insofern, als wir zu prüfen haben, ob dadurch Folgen im Kulturbereich ausgelöst werden. Die Besteuerung für Ausländer war ja ein solches Beispiel, das ich von außen sehr intensiv verfolgt habe. Da hat eine Prüfung stattgefunden; fast ein bisschen zu spät. Das war sozusagen eine Rettung in letzter Minute. Bei der Spendenabzugsfähigkeit war es auch haarscharf, muss man sagen. Es wird wahrscheinlich immer haarscharf sein. Deshalb sind wir auch auf die Kooperation so angewiesen, weil es tatsächlich sehr schwer ist, bei der ersten Lektüre wirklich alle Folgen zu bedenken. Man braucht auch den Ratschlag derjenigen, die betroffen sein könnten. Insofern ist das ein, wenn Sie so wollen, frommer Wunsch, aber ein frommer Wunsch, der ja Handlung zur Folge hat. Diese Handlung, wie gründlich wir damit umgehen und wie intensiv wir das bearbeiten, liegt dann in unserer Hand. Ich versuche es jetzt relativ kurz zu machen. Herr Nooke, Sie haben so ein bisschen angemahnt, was ich mit Differenzierung bei der Mehrwertsteuerfrage meine. Ich meinte natürlich ganz klar eine inhaltliche Differenzierung. Also genau diese Prüfung, was für wen welche Folgen hat, wo wir Künstlerinnen und Künstler treffen, die direkt verkaufen, wo wir den großen Kunsthandel, den Antiquitätenkunsthandel treffen, das sind ja viele Abstufungen, wo wir zum Beispiel auch Museen treffen, wenn Sie Kunst ankaufen. Ich meinte ganz klar eine inhaltliche Differenzierung, nämlich welche Folgen für wen hat dieser Entwurf, der vorliegt. Wenn wir gemeinsam, das haben wir ja so beschlossen, Subventionen abbauen wollen, dann muss man diese Fragen in der Tat sehr ernst nehmen. Denn jeder hat natürlich immer Ausnahmewünsche.

Zum Thema Berlin als Hauptstadt. Da brauchen wir gar nicht darum herum zu reden, ich war zehn Jahre Ländervertreterin, Berlin als Hauptstadt ist eine knallharte Konkurrenz. Eigentlich ist kein Bundesland wahnsinnig daran interessiert, selbst Geld für Berlin auszugeben oder daran, dass der Bund Geld für Berlin ausgibt. Das ist eine richtig heftige Situation. In den Bundesländern und in den Kommunen herrscht eine große Not. Alles waren blühende Kulturstädte. Zuzusehen, wie Berlin super gefördert wird, während in den Kommunen und in den Stadtstaaten die Kultur kaputt geht, das kann auch nicht unser Ziel sein. Das kann es nicht sein, wenn es auch natürlich nötig ist, dass wir Berlin kulturell so profilieren, dass wir im Ausland mit unserer Hauptstadt ein deutsches Kulturprofil haben. Ich glaube, dass wir mit diesen 300 Mill. Euro bei den Ländern schon an der Grenze sind. Wir haben uns im Übrigen ja auch schon im Vorfeld in aller Offenheit gesehen; ich hatte ja kaum angefangen, da

habe ich schon mit einigen von Ihnen in großer Offenheit über das Thema Berlin gesprochen. Ich habe mich sehr schnell dazu verhalten, weil ich das einfach aus Hamburg zu gut kenne, dass es keinen Sinn macht, wenn der Bund eine komplette Oper übernimmt, die nicht reformiert ist. Das macht keinen Sinn, denn dann laden wir uns ein Reformprojekt auf, das ein mehrjähriges Projekt ist und das sich der Bund gar nicht leisten kann. Dafür hat man die Politik vor Ort. Insofern wäre die Debatte eher, welche Institutionen in der Hauptstadt gibt es, die konzeptionell sinnvollerweise als deutsche Kulturinstitutionen vom Bund getragen werden, so wie das eben beim Preußischen Kulturbesitz auch ist.

Jetzt muss ich natürlich zum Bekenntnis kommen; die Sache mit dem Schloss und Ihren SED-Denkmalen oder Mahnmalen. Ich habe einmal ein Buch geschrieben, da war ich noch Hamburger Kultursenatorin und Präsidentin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz. In diesem Buch habe ich eine sehr klare Position bezogen und gesagt, Geschichte trägt die Spuren der Ereignisse. Wenn es unangenehme Spuren sind, dann neigen wir immer dazu, sie ganz schnell wegzuräumen und nette Erinnerungen päppeln wir dann ganz schnell wieder hoch. Ich habe mich dagegen ausgesprochen, dass das Schloss puppenstubenmäßig rekonstruiert wird. Ich sage das jetzt extra so krass, denn genauso habe ich es auch formuliert. Das Parlament hat ja nicht beschlossen, dass es total rekonstruiert wird, sondern es hat sich für eine Mischung aus Neu und Zitat des Alten ausgesprochen. Damit kann ich leben. Aber jetzt haben Sie mich eben erst wieder auf die Idee gebracht, ich hatte natürlich in dem Buch auch geschrieben, der Palast der Republik ist nun leider ein ziemlich unangenehmes Zeichen der Geschichte, und zwar ein massives Zeichen der Geschichte. Also, ein wahnsinnigeres Mahnmal können wir nicht mehr bauen. Nein, das können wir nicht mehr nachholen; die Geschichte hat diese Spur hinterlassen, aber ich bin ja einverstanden, wenn sie abgerissen wird. Nur - jetzt komme ich zum Thema Zwischennutzung -, sie ist ja nun, damit man sie abreißen kann, für viel Geld saniert worden. Nun steht dieses sanierte Gebäude da zum Abriss, aber ich finde es sinnvoll, wenn man es bis zu dem Zeitpunkt, wo mit dem Neubau begonnen werden kann, also wo man dann wirklich auch effektiv abreißen kann, eine Zwischennutzung ins Auge fasst, wenn man sie fördert und wenn man meinetwegen immer deutlich klar macht, es ist eine Zwischenlösung. Ich glaube, das ist eines der ganz wenigen Bauwerke, bei dem alle auch irgendwie mit dem Thema Zwischennutzung einverstanden sind, denn denkmalschützerisches Prinzip ist das eine, aber natürlich freut sich jeder, wenn dieses Stadtherz Berlins wieder anders aussieht. Jetzt habe ich gleich mehrere Dinge in Einem beantwortet.

Beim Thema Enquete, das ist klar, liegt es in Ihrer Hand, ich stehe gern zur Verfügung mitzudiskutieren, aber ich kann es nicht vorgeben und ich will es auch nicht vorgeben. Gehen wir noch einmal zum Thema Föderalismus. Da war das Problem Entflechtung. Herr Barthel hat gesagt, Entflechtung ist nicht so gut als Begriff. Ich unterstütze das voll und ganz, es geht eher um Systematisierung, und zwar um Begründung, um Konzeption. Was sind Aufgaben des Bundes, wo geht es um wirklich kulturelle Institutionen, die bundesweit auch für das Profil Deutschlands nach draußen wichtig sind. Diese konzeptionelle Begründung sollte eigentlich wichtiger sein. Aber beim Gedenkstättenkonzept hat so etwas ja stattgefunden. Es gibt ja ein sehr umfangreiches Gedenkstättenkonzept. In diesen vier Jahren, seit es das Amt gibt, hat sich die Finanzierung auch verdoppelt, sogar vervierfacht. Das heißt, da ist das Engagement des Bundes sehr massiv und deutlich geworden und auch sehr präzisiert worden, weil das eben immer eine 50-Prozent-Finanzierung ist. Ich finde das im Prinzip gut, konzeptionell gut.

Man kann das alles immer wieder aufmachen. Alle Gesetze sind dazu da, dass man sie irgendwann auch wieder verändern darf.

Zum Thema Medien. Vielleicht fasse ich das zusammen: Film und Medien und auch die Frage nach den Quoten. Ich habe das früher radikal abgelehnt, Herr Otto, das sage ich Ihnen gleich. Ich sehe es inzwischen etwas anders, ich sehe es differenzierter, weil mir die Argumente der Franzosen auch einleuchten, gerade was den Film betrifft. Wenn wir nur den Markt bestimmen lassen, dann hat der europäische Film, einfach weil er ein anderes Tempo und eigentlich auch ein anderes kulturelles Niveau hat, einfach zwangsläufig weniger Chancen. Ich bin nicht für eine strikte Quote, das halte ich auch nicht für eine gute Lösung. Aber ich halte es doch für eine Lösung, dass öffentlich-rechtliche Anstalten, dass auch ARTE, dass auch im Grunde genommen die Deutsche Welle, die Funktion ganz klar übernehmen, europäisch produzierte Kulturgüter zu zeigen und zu Ohr und vor die Augen zu bringen. Das halte ich im Prinzip inzwischen für gut, weil ich merke, dass der Markt alleine es nicht reguliert. Wenn er es täte, wäre ich sehr glücklich darüber.

Noch einmal zu Ihnen, ich bleibe gerade dabei - Bürgergesellschaft und Wirtschaftsengagement. Das war für mich deshalb auch der allergrößte Schock, als ich am ersten oder zweiten Tag mit dem Thema Spendenabzugsfähigkeit konfrontiert wurde. Für mich ist das Werben bei der Wirtschaft um Engagement ein ganz, ganz wichtiger Anteil. Das war als Länderpolitikerin noch leichter. Aber das gilt ja auch gerade für Berlin und gerade für die großen Kulturinstitutionen wie den Preußischen Kulturbesitz. Natürlich kann man da wunderbare Kooperationen auch mit der Wirtschaft machen. Das ist die ganze Palette Sponsoring, man kann Vermietungen machen, man kann Firmenangebote machen, man kann all das entwickeln, was in Amerika gang und gäbe ist, was bei uns einfach noch nicht weit genug entwickelt ist. Deshalb bin ich heilfroh, dass diese Spendenabzugsfähigkeit bleibt, denn wir haben wenigstens etwas in der Hand, um werben zu können. Bürgergesellschaft und Wirtschaftsengagement hängt in der Tat auch ganz eng mit den Organisationsstrukturen der Institutionen zusammen. Die Institutionen, die beim Bund rekrutieren, sind ja im Grunde alle auch schon reformiert. Die Kulturinstitutionen in Berlin - ich bitte jetzt die Berliner, nicht gekränkt zu sein - sind unreformierter als überall sonst. Das ist nicht so schlimm, wenn sie nicht reformiert sind, wenn man ganz viel Geld hat. Aber wenn man kein Geld hat, ist eine unreformierte Kulturinstitution, die als Abteilung einer Behörde fungiert, einfach tödlich für die Institution, weil man keine Kostenkontrolle hat, weil man auch gar nicht den unternehmerischen Geist, die Lust an der Effektivität des Wirtschaftens fördern kann. Aber das verstehen wir zum Beispiel auch als Strukturhilfe, dass man als Bund bereit sein muss, in dieser Hauptstadt Gespräche darüber zu führen, was man eigentlich mit Kulturinstitutionen machen kann. Also sich konzeptionell auch einzulassen, wenn man nicht einfach nur abkauft, sondern plant, mitplanen darf. Wenn wir dazu aufgefordert werden, dann tun wir das. Wenn wir nicht dazu aufgefordert werden, selbstverständlich nicht.

Zum Thema Medien. Das Thema Medien nimmt 25 Prozent ein. Die Deutsche Welle und ARTE und Filmförderung sind ein ganz wichtiger Teil, das habe ich ja extra ausgeführt. Was nicht alleine Teil für uns ist, also für BKM, ist natürlich das Thema Zukunft des norddeutschen Kabelnetzes, Frau Bettin. Da brauchen wir Partner, da sind wir nicht alleine. Man könnte natürlich über das Modell eines Medien- und Kommunikationsrates sprechen. Wir haben ja solche; in Frankreich heißt das Akademien

und bei uns heißt das Räte. Wir haben das ja in anderen Bereichen auch. Das finde ich im Prinzip deshalb immer gut, weil dann die Beteiligten und die Interessensvertreter auch immer schon relativ früh an einem Tisch sitzen. Weil man nicht erst mit einem Entwurf an die Öffentlichkeit geht und dann großes Geschrei auslöst, sondern weil man vorher schon an einem Tisch tatsächlich über die Probleme und die Interessenkonflikte sprechen kann.

Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich würde eingangs geschäftsordnungsmäßig bemerken, dass wir vielleicht doch im Hinblick darauf, möglichst viele Kollegen hier Bemerkungen machen zu lassen, jetzt keine Runde machen, sondern die Kollegen, die sich zu Wort melden, auch zu Wort kommen lassen und es dann noch einmal beantworten, denn sonst ist nach der zweiten Runde die Zeit bis 18.00 Uhr zu Ende.

Vorsitzende: Also, Sie wollen keine Antworten haben? Ich finde Antworten schon wichtig.

Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU): Anschließend. Ich selbst möchte immer am liebsten sofort die Antwort haben. Aber auf der anderen Seite geht es ja darum, dass nun nicht nur die Sprecher und die Stellvertreter das Wort nehmen, sondern vielleicht der eine oder andere gerade in einer solchen Sitzung die Möglichkeit hat, an die Ministerin Bemerkungen zu richten. Man stellt sich ja überhaupt die Frage, was eine solche Aussprache soll und überlegt dann, was man selbst beiträgt. Ich finde, wenn sie einen Sinn haben soll, ist es wahrscheinlich richtig, den Blick auf die Koalitionsvereinbarung zu werfen, die ja in der Debatte so konkret keine Rolle spielte. Alle, die da geredet haben, haben ja mehr allgemeiner - deshalb nicht uninteressant - geredet, aber vielleicht ist es jetzt gut, sich auf ein paar Punkte in der Koalitionsvereinbarung zu konzentrieren. Das will ich tun, insbesondere bei den Punkten, wo ich Fragen habe. Das sind vier oder fünf Punkte. Punkt eins: In der Koalitionsvereinbarung heißt es, das neu geschaffene Amt eines Staatsministers für Kultur und Medien hat sich bewährt. Sie haben vorhin gesagt, durch dieses Amt habe die Kulturpolitik ein Gesicht - das kann man allein schon optisch nachvollziehen -, die Kulturpolitik habe ein Ohr oder zwei Ohren; sie hätten hinzufügen müssen, aber leider keine ausreichenden Kompetenzen. Denn die Erfahrung der Vergangenheit wie wohl auch das Ringen intern in der Koalition war ja dadurch negativ beeinflusst, dass wir hier alles thematisieren konnten, aber dass wir letztlich in den meisten Fragen keine kompetenten Entscheidungen treffen konnten, sondern nur gehört wurden. Ob das die Auswärtige Kulturpolitik angeht, wo wir im Grunde nichts zu melden haben; wir können immer unser Wort erheben. Ob das die jetzt anstehende erneute Novellierung des Urheberrechts betrifft, wo wir schon damals beklagten, dass ein kultureller Aspekt wie der Film gar keine Rolle gespielt hat und jetzt in dem neuen Entwurf die besonderen Interessen des Films auch nicht berücksichtigt sind oder ob es die Medien generell sind, die ja deutlich von den „Neuen Medien“ bestimmt werden. Ich hätte erwartet und gehofft, dass der BKM nach den Erfahrungen der Vergangenheit die Zuständigkeit auch für die „Neuen Medien“ bekommen hätte. Denn wenn wir von Konvergenz reden, ist es ja an sich ein bisschen sachwidrig, dies zu trennen. In all diesen drei wichtigen Bereichen haben Sie keine Entscheidungskompetenz und meine Frage ist, wie haben Sie vor, dennoch bei den Entscheidungen Einfluss zu nehmen? Das ist ja eine ganz wichtige Frage, wenn der BKM mehr sein soll als ein Rumpfministerium ohne eigentliche Entscheidungsmöglichkeiten.

Punkt zwei betrifft ebenfalls die Koalitionsvereinbarung. Da heißt es, es geht bei der Garantie des öffentlich-rechtlichen und gebührenfinanzierten Rundfunks auch um seine Weiterentwicklung im Internet. Das hat bei der betroffenen Branche zu Nachfragen geführt, auch bei mir. Was meinen Sie damit? Meinen Sie, was Usus ist, was auch Grundlage der Ministerpräsidentenkonferenz ist, dass das Internet natürlich auch im Rahmen des Funktionsauftrages der öffentlich-rechtlichen Anstalten von diesen mehr oder weniger programmbegleitend genutzt werden kann oder meinen Sie damit, dass nun auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, so kann man es hier verstehen, als zusätzliche, möglicherweise als dritte Säule über den Funktionsauftrag hinaus tätig werden soll? Eine ganz wichtige Frage. Ich bitte um Antwort.

Der dritte Punkt betrifft das Filmförderungsgesetz. Dazu müsste man Vieles sagen; das tun wir an anderer Stelle. Über die strikte Forderung nach Quotierung würde ich noch einmal nachdenken, zumal auch der Entwurf, der von Herrn Prof. Dr. Nida-Rümelin als Gedankenstoß gemeint wurde, wahrscheinlich große Probleme, allein rechtlicher Art, aufwerfen wird. Meine Frage bezieht sich auf folgenden Satz: „Die Filmförderungsanstalt soll die zentrale Institution der kulturellen, wirtschaftlichen und exportorientierten Filmförderung werden“. Da ich - vom Bundestag entsandt - im Präsidium dieser Anstalt bin, stelle ich mir, wie andere, die Frage, was heißt dies? Heißt es das, was ich in einem Presedienst gelesen habe, dass der BKM plant, seine bisherigen Mittel für die kulturelle Filmförderung auch in die FFA zu integrieren und sich damit, was ich bedauern würde, seiner, wenn auch geringfügigen, aber doch Mitverantwortung zu entziehen? Oder ist das nicht gemeint? Was ist gemeint, wenn es mehr sein soll als das, was bisher ist. Wenn es nicht mehr sein würde, würde man es ja nicht hineinschreiben. Der dritte Punkt, Frau Weiss, ist ein zentraler Punkt, der aktuell ist. Da geht es um den deutschen Film und um die Finanzierung des deutschen Films und in dem Zusammenhang um die Medienfonds. Herr Nevermann und auch Frau Schröter kennen die aktuelle Diskussion. Der BKM fordert mit uns, mit dem Ausschuss, ich hätte beinahe gesagt seit mehreren Jahren, dass durch einen Medienerlass des BMF, des Bundesfinanzministers, sichergestellt oder erreicht wird, dass zukünftig nicht nur die vielen Milliarden, die in Fonds investiert werden, ins Ausland und nach Amerika gehen, sondern in deutsche Produktionen. In der Regierungserklärung wird dies erneut zum Ausdruck gebracht. Um eine attraktive Beteiligung von Medienfonds an deutschen Produktionen zu ermöglichen, muss der Medienerlass entsprechend verändert werden. Das fordern wir seit vier Jahren. Die Frage ist, warum verändern Sie ihn eigentlich nicht? Jetzt komme ich zum Punkt. Ist Ihnen bekannt, dass vor wenigen Tagen die Referenten aller Finanzminister dazu getagt haben und - bis auf Bayern und, ich glaube, Baden-Württemberg - mit dem Bund gemeinsam erklärt haben, nein, wir machen da keine Ausnahme, Immobilienfonds gleich Medienfonds, was das Aus wäre. Ist Ihnen bekannt, dass in wenigen Tagen auf höherer Ebene eine Abteilungsleiterkonferenz stattfindet? Wie stellen Sie sicher, dass nicht bereits jetzt diese Forderung, die hier enthalten ist, in wenigen Tagen durch andere Entscheidungen Makulatur wird?

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen; der betrifft die Deutsche Welle. Ich wäre damit einverstanden, wenn Sie sagen würden, das führt jetzt zu weit oder will ich mich erst einarbeiten - auch dies ist ja zulässig, ich muss das so sagen. Trotzdem stelle ich meine Frage, weil sie auch für die Deutsche Welle und die Perspektive aktuell ist. Da wird von der Novellierung gesprochen, Frau Weiss, das stand schon bei Herrn Naumann drin, also vor vier Jahren, und wir haben es bis heute nicht novelliert.

Aber ich gehe davon aus, dass Sie, im Gegensatz zu den Männern, die nicht Wort hielten, als Frau dann das Wort halten. Meine Frage ist: Wie bewerten Sie in dem von Herrn Prof. Dr. Nida-Rümelin kürzlich vorgelegten Bericht mit Zielsetzung Deutsche-Welle-Reform die Forderung, insbesondere im Hörfunk den Anteil der deutschsprachigen Sendungen zu reduzieren, was inzwischen zum Widerspruch des Intendanten der Deutschen Welle geführt hat. Also, Reduzierung deutsche Sprache. Wir waren immer der Auffassung, dass gerade die Deutsche Welle auch die Aufgabe hat, die deutsche Sprache in der Welt zu verbreiten und zu vermehren. Zweite Frage: Wie bewerten Sie die ebenfalls in dem Konzept Ihres Vorgängers noch aktuelle und vorliegende Forderung, dass der neue Channel German TV durch weltweite Ausbreitung sukzessive das klassische Deutsche-Welle-TV-Programm ersetzen soll? Teilen Sie nach wie vor diese Aussage in dem Papier, das steht alles in den jüngsten Papieren, oder sind Sie mit uns und auch dem Intendanten der Deutschen Welle der Auffassung, dass das schon allein weltweit nicht finanzierbar ist und dass der klassische Auftrag, nämlich deutsches Fernsehprogramm zu verbreiten, trotz aller neuen Einfälle durch die Deutsche Welle nicht vernachlässigt werden kann? Das wären die fünf Fragen, wobei ich Verständnis habe, dass Sie wenigstens darauf eingehen, gegebenenfalls dann aber auf spätere Antworten verweisen.

Abg. Jörg Tauss (SPD): Ich bin der Auffassung, Kollege Neumann, wir sollten nicht allzu frustriert zurückblicken; ich meinte da bei Ihnen so ein paar Untertöne zu hören, was die Frage der Kompetenz angeht. Ich will doch noch einmal zart daran erinnern, beispielsweise im Zusammenhang mit Stiftungsrecht, und ganz ohne Nestbeschmutzung behaupten, hätten wir diese Entscheidung unseren roten und grünen Finanzern und Juristinnen und Juristen überlassen, wäre das Ergebnis bei der Reform des Stiftungsrechts möglicherweise so gewesen wie Ihre Erfolge zu Zeiten von Kohl und Waigel - ich sage das völlig ohne Polemik. Da haben wir es wirklich geschafft, das ist ein Sachverhalt, den wir einfach zufrieden miteinander feststellen können. Insofern glaube ich, dass wir insbesondere in den Bereichen, in denen wir uns gelegentlich Kompetenz angemaßt haben, zum Teil sogar besonders erfolgreich waren. Insofern sollten wir das ja auch mit entsprechendem Selbstbewusstsein sagen. Um den Anteil der Mediendebatte etwas zu erhöhen, der ja vom Kollegen Otto auch angemahnt worden ist - ich habe nun nicht Prozente ermittelt, auch nicht in Bezug auf die Erwähnung des Wortes -, begrüße ich nun aber ausdrücklich, Frau Staatsministerin, dass Sie hier angekündigt haben, dass die Weiterentwicklung der Kommunikationsordnung ein Thema ist, das auf der Tagesordnung steht. Dabei gibt es auch Vorschläge von Rot-Grün. Mit Verlaub, Herr Kollege Neumann, dieser Satz, den Sie angesprochen haben, den Sie der Staatsministerin in Frageform gestellt haben, ist ein Satz, der auf das Urheberrecht von Frau Bettin und mir unmittelbar zurückgeht, den wir auch so in den Koalitionsvertrag hineingebracht haben. Ich bin gerne bereit, dazu auch Fragen zu beantworten. Aber wie gesagt, auch hierzu haben wir natürlich parlamentarisches Selbstbewusstsein. Aber ich glaube, unsere Anträge, die wir in der letzten Legislaturperiode hier vorgelegt haben, haben interessante Antworten gegeben.

Wir wollen in der Tat, dass das Internet etwas ist, das sich auch im öffentlich-rechtlichen Bereich entwickeln kann, nicht gegen andere, sondern im Sinne von werbefrei und gewaltfrei, im Sinne von mehr Jugendschutz, im Sinne von mehr Informationszugang auch in diesem Bereich, ohne dass in irgendeiner Form das duale System dadurch aufs Spiel gesetzt wird. Das war unsere Position. Es würde

mich interessieren, Frau Staatsministerin, ob Sie sich dieser Position anschließen könnten? Ich begrüße diese Reform sehr, die Sie angekündigt haben. Also, bessere Regelungen und Abstimmungen zwischen Tele- und Mediendiensten haben wir ja nun tatsächlich auch angepackt. Herr Nevermann weiß, dass ich im Bereich des Jugendschutzes nicht mit allem sehr zufrieden war. Das sage ich durchaus parteiübergreifend; da bin ich mit der Staatskanzlei in München so unzufrieden wie mit der in Düsseldorf, weil ich den Eindruck habe, dass insbesondere in Staatskanzleien die analogen Rundfunkleute in einer anderen Welt leben als in der digitalen Welt hier, die wir gelegentlich in Berlin haben; Regierungspräsident Büssow ist ein hervorragendes Stichwort. Da kennen Sie auch meine Äußerungen. Da gibt es zwei Welten und unterschiedliche Interpretationen, und ich glaube, Frau Staatsministerin, das wäre auch ein sehr interessanter Punkt, den wir hier einmal diskutieren könnten. Geht diese Informationsgesellschaft mit all ihren neuen Herausforderungen, mit ihren technischen Herausforderungen mehr in Richtung von Reduzierung von Freiheit, in Richtung von mehr Überwachung, im Sinne von Begrenzung von Informationszugängen, proprietäre Systeme. Das ist noch nicht einmal liberal, wobei ich das Wort liberal nicht, noch immer nicht als Schimpfwort verstehe, aber der Zugang zu Informationen jenseits von Klassenschranken ist für mich wirklich ein ursozial-demokratisches Prinzip. Das ist eine Frage, die wir klären müssten, auch im Sinne dessen, was Herr Dr. Gauweiler das letzte Mal hier angesprochen hat. Einige haben gesagt, er hat den Kulturkampf angekündigt. So habe ich das nicht verstanden.

Bei der Frage, wer dominiert hier was, da kann man natürlich schon sagen, diese Frage nach mehr oder weniger Freiheit, das ist eine kulturelle Auseinandersetzung. Ich würde mich freuen, wenn wir die Auseinandersetzung hier auch miteinander bei den praktischen Beispielen führen, die wir alle kennen, Zugangsvermittler bei Anbietern fremder Inhalte und wie auch immer. Das geht bis zu Fragen der Medienethik, wo ich wirklich glaube, dass wir spannende Diskussionen führen können, auch in der ganzen Frage der Medienwirkungsforschung. Ich hatte im Sommer, ich gebe das jetzt hier in diesem Kreise einmal zu, einen kleinen Streit mit Ihrem Vorgänger - es war der einzige, den ich mit ihm hatte - in der Frage, wie ist denn Medienwirkung wirklich zu betrachten im Sinne von Erfurt. Das sind ja nun wirklich dramatische Fragestellungen und die Frage ist, ist Counter Strike, ein Computerspiel, Schuld? Das ist mir alles ein bisschen zu verkürzt. Ich sage dies ganz offen. Ich glaube, da sollten wir auch, gerade weil es schon wieder in Vergessenheit geraten ist, diese Diskussion schon miteinander führen, nicht nur, welche Wirkung gibt es. Ich halte es für banal zu sagen, die Medien sind Schuld am Elend der Welt. Aber das ist eine kulturelle Auseinandersetzung, die wir miteinander führen könnten und sollten. Wir sollten uns in der Tat überlegen, wie wir relativ rasch die Frage des Mediendatenschutzes miteinander angehen. Es würde mich interessieren, ob es hier im Zusammenhang mit den Ländern auch bereits möglicherweise erste Absprachen gibt. Ich habe den Eindruck, dass hier auch die Interpretationen ein bisschen unterschiedlich sind. Was wir uns letztlich wünschen das sollten wir auch offensiv vertreten, und da wäre meine Bitte, dass Sie dies auch im Rahmen der Bundesregierung tun.

Wir haben uns seitens der Koalition einen Medien- und Kommunikationsbericht im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der bisherigen Medienberichterstattung gewünscht, die wir haben, der aber auch nur im Wesentlichen auf die analoge Welt ausgerichtet war. Wir wünschen uns seitens der Koalition einen Medien- und Kommunikationsbericht, der auch über die Fortschritte bei der Verwirklichung einer trag- und zukunftsfähigen Medien- und Kommunikationsordnung auch in Deutschland im Internet Aus-

kunft gibt. Da würde ich mir auch wünschen, dass Ihr Haus einen ganz wesentlichen Anteil in diesen Bereichen leistet. So, das wäre ein Teil des Wunschkataloges - es ist ja knapp vier Wochen vor Weihnachten und da darf man ja Wünsche äußern. Ich glaube, Herr Kollege Otto, es hat sich gezeigt, die Themen medienpolitischer Art machen nicht 25 Prozent aus, sondern ganz erklecklichen Anteil. Wir werden viel miteinander zu tun haben, und wie gesagt, hier geht es oft nur um die Frage, welche geistige und welche ethische Haltung wir eben zu dem einen oder anderen einnehmen. Natürlich auch politische Haltung, Rückkehr des Politischen - Max Weber. Wie kommen wir hier zu einer Rückkehr des Politischen auch im Bereich der Medien- und Kommunikationspolitik, die häufig eben nicht kulturpolitisch angelegt war, sondern eher als Standard. Das ist eine wichtige Frage, keine Frage. Aber wir haben hier ein paar Mal festgestellt, Medienpolitik ist mehr als Wirtschaftspolitik, sie ist zuvorderst Kulturpolitik und Gesellschaftspolitik. Darum herum werden sich ein paar Debatten ranken können.

Abg. Erika Steinbach (CDU/CSU): Frau Ministerin, Sie haben einen wunderbaren Namen - Weiss; nicht rot, nicht grün, nicht schwarz, nicht gelb. Das lässt hoffen, dass Sie Ihr Amt am Ende wirklich parteiübergreifend wahrnehmen. Das hat Kultur nötig und das hat Kultur verdient. Das darf keine Parteipolitik sein. Ich habe eben viele wichtige Punkte aus Ihrem Munde gehört, aber es hat mir etwas gefehlt, weil es brandaktuell ist. Das ist die Frage, wie die Bundesregierung jetzt mit der schwierigen und komplizierten Situation des deutschen Musikrates umgeht? Dazu hätte ich gerne von Ihnen einige Sätze gehört. In der Fragestunde dazu war ich nicht, weil ich hier im Kulturausschuss der Dinge geharrt habe, aber ich glaube, es gehört hier auch in den Ausschuss hinein. Musik wird störend oft empfunden, dieweil sie mit Geräusch verbunden. Das wird sicherlich nicht Ihr Ansatz sein, vermute ich einmal, und ich hoffe, dass Sie da eine Hilfestellung geben können. Ein neuer Geschäftsführer ist ja vorhanden und im Amte und er wird sicherlich alle Hände voll zu tun haben, hier begradigend zu wirken; das war die eine Seite.

Das andere Stichwort, worüber ich mich freue - Kulturverträglichkeit. Da bin ich schon willens, dass wir alle hier im Ausschuss darauf bedacht sein müssen, dass das wirklich für alle Gesetzesbereiche gilt, vom Auswärtigen Ausschuss bis zu Haushalt und Finanzen. Aber Haushalt und Finanzen, das ist nur ein Bereich, es geht hier um die Inhalte. Herr Nooke hat es vorhin angesprochen, das Thema muss uns beschäftigen, zum Beispiel Kulturverträglichkeit bezogen auf die Beitrittsfähigkeit der Türkei in die Europäische Union. Orient und Okzident - das sind zweierlei Dinge. Das ist etwas, das diesen Ausschuss ganz intensiv beschäftigen muss. Ein weiterer Punkt, den Sie auch angesprochen haben, ist die Frage der Beutekunst. Das ist nach meinem Dafürhalten in den letzten Jahren wirklich zu mager behandelt worden. Wir haben immer wieder darüber gesprochen, aber ich bitte Sie eindringlich, aus dem Amt heraus seitens der Bundesregierung dort hinter den Kulissen mehr Druck als zuvor zu machen. Ich weiß, es fällt manchem schwer, mit Putin über die Dinge zu reden - selbst die Menschenrechtsorientierten innerhalb der rot-grünen Fraktion sprechen ja heute auch nicht mehr über Tschechien und das, was sich dort an Menschenrechtsverletzungen abspielt. Zur Frage der Beutekunst: Ich glaube, als diese 3-Milliarden-Euro-Zahlung Schuldenerlass erfolgte, wäre das der Punkt gewesen, wo man über Beutekunst hätte sprechen müssen, nicht nur können, sondern müssen. Jetzt noch ein Nachsatz. Sie hatten das Schloss angesprochen. Ich muss sagen, ich bewundere unendlich die Polen, wie sie mit den kulturellen Gütern umgegangen sind. Sie haben nicht nur ihr eigenes Schloss in

Warschau wieder aufgebaut, sie haben in Danzig das kulturelle Erbe, das dort zerbombt gewesen ist, in einer mustergültigen Art und Weise aufgebaut - und wir führen hier Diskussionen um das Schloss im Herzen Berlins, das ein ganzes Ensemble wieder vervollständigt. Ich glaube, wir könnten uns da manches Mal an unseren Nachbarländern ein gutes Beispiel nehmen.

Abg. Gisela Schröter (SPD): Frau Ministerin, natürlich freue auch ich mich auf die Zusammenarbeit. Ich denke, die Äußerungen von Frau Steinbach sind schon ein Punkt; da fühle ich mich natürlich weit eher bei Ihnen aufgehoben als bei Ihnen, Frau Steinbach, aber das ist in diesem Falle, denke ich, durchaus auch legitim. Ich habe mich gefreut, Frau Ministerin, über Ihre Äußerung, auch den Mut, den Sie gehabt haben, hier zu sagen, wie Sie nicht nur die Rolle der Berlin-Kultur sehen, sondern auch die Position zu den anderen Bundesländern. Damit haben Sie einigen von uns durchaus aus dem Herzen gesprochen. Da möchte ich anknüpfen: Diejenigen, die nicht aus Berlin sind, wissen, dass es bei engen finanziellen Mitteln natürlich auch immer darum geht, wo nehme ich etwas weg, wo geht welches Geld hin? Es geht natürlich nicht nur um Finanzen, aber sehr wohl auch um Finanzen, was wir natürlich alle wissen. Darauf möchte ich hinweisen und auch auf das, was in den Koalitionsvereinbarungen steht, die Positionierung für die neuen Bundesländer. Ich möchte hierauf noch einmal Wert legen, das ist für uns ganz wichtig. Ich bitte wirklich darum, dass wir bei den Diskussionen, die jetzt geführt werden, nicht Gefahr laufen, dort einzusparen oder zu streichen, denn ich möchte hier wirklich ein Petitum dafür aussprechen, wie die Positionen dort sind und wie schwierig ganz besonders die Verhältnisse in vielen Kommunen aussehen. In diesem Zusammenhang finde ich erst einmal gut, dass hier wirklich das Geld auch wieder benannt ist, das gesagt wird, also diese 30 Millionen sollen fortgeschrieben werden. Aber es wird hier im Koalitionsvertrag noch einmal festgelegt, einen Verstärkungsfonds in Höhe von drei Millionen Euro einzurichten. Dazu habe ich auch schon Nachfragen bekommen. Hier wäre es für mich doch ganz interessant zu wissen, wie soll der aussehen, wie stellt man sich das vor, hat man da schon Vorstellungen, an welche Kriterien er geknüpft sein soll und wo er überhaupt angesiedelt werden soll? Ich wäre sehr dran interessiert, dazu vielleicht etwas zu hören.

Als Nächstes möchte ich auch noch einmal auf Frau Steinbach eingehen, ihre Position zum Muskrat. Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen einen Antrag eingebracht haben, den deutschen Muskrat zu stärken. Hier geht es von unserer Seite aus wirklich um die Position, dass die Projekte des deutschen Muskrates weitergeführt werden sollen und dass die Zahlungen auch wieder laufen sollen und dass wir das unterstützen. Ich denke, das ist auch ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt komme ich noch einmal zu meinem Lieblingsthema, zum Film. Herr Neumann hat schon einiges angesprochen. Ich möchte noch einmal darauf verweisen, Herr Kollege Neumann, das wissen Sie schon, dass bis 1998 ein so wichtiges Thema wie das Filmförderungsgesetz am Rande des Innenausschusses verhandelt worden ist. Ich habe das ja damals am Rande des Wirtschaftsausschusses und auch des Innenausschusses mitbekommen. Ich weiß, Thomas Krüger hat das damals mit einigen Kollegen gemacht. Ich kann mich da an diese Diskussion erinnern, es war so ganz im Verborgenen. Es ist ja etwas ganz Gutes herausgekommen, aber es muss weiterentwickelt werden, die Zeit hat sich verändert. Ich denke, welchen Raum gerade der Film in der letzten Legislaturperiode eingenommen hat, das ist doch wirklich schon ganz bedeutend gewesen. Wir haben hier viele Stunden zugebracht und wir haben wirklich etwas auf den Weg gebracht. Ich

freue mich darauf, dass wir das bei der Novellierung des Filmförderungsgesetzes weitermachen können und ich bin auch der Ansicht, dass wir hier wirklich zu einem guten Ergebnis kommen. Ich glaube, der deutsche Film hat gerade in der letzten Legislaturperiode durch uns, durch unseren Ausschuss in dieser Diskussion um seine Besonderheiten, um seine gesetzlichen Möglichkeiten so viel Öffentlichkeit bekommen, wie es vorher nicht der Fall gewesen ist, egal, woran es lag. Sie haben gesagt, Anfang des nächsten Jahres soll das Bündnis für den Film zusammenkommen. Ich habe das ja auch miterlebt; es waren schwierige, sehr schwierige Diskussionen, die zum Teil auch sehr ins Stocken kamen. Es würde mich schon interessieren, welche Erwartungen haben Sie an dieses Bündnis für den Film, wie schätzen Sie diese Situation ein? Sie haben selber gesagt, Sie wollen die Leute zusammenholen, Sie wollen diskutieren, wollen dann weiter entscheiden. Welche anderen Kommunikationsmöglichkeiten sehen Sie noch, denn es war ja zum Teil ganz schön festgefahren, weil hier natürlich legitimerweise alle Interessengruppen zusammen sind und jeder auch legitimerweise versucht hat, seine Interessen durchzusetzen. Mitunter hat man das Gefühl gehabt, hier muss irgendjemand einmal den Gordischen Knoten durchschlagen, um hier wirklich voranzukommen. In diesem Zusammenhang, auch mit Blick auf die Fragen, die Herr Neumann in Bezug auf Medienfonds, auf Medienerlass und auf die Abgaben der Sender gestellt hat: Wo ist nach Ihrer Einschätzung am meisten Bewegung, auch für uns Parlamentarier, was können wir noch tun und wo sehen Sie die größten Schwierigkeiten auf sich zukommen? Einen Punkt noch für mich zum Schluss: Es gab am Ende des Sommers noch interessante Überlegungen zur Veränderung des Deutschen Filmpreises. Mich würde Ihre Meinung dazu interessieren. Haben Sie schon eine Vorstellung, wie hier Veränderungen vonstatten gehen sollen und welche das sind?

Vorsitzende: Ich sehe eine Fülle von Fragen, die konkrete Antworten, eventuell auch Nachfragen erfordern. Ich bitte aber erst einmal die Staatsministerin, zu antworten.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM): Herr Neumann, das ist klar, in dieser Funktion, in der ich jetzt bin, beneide ich meinen französischen Kollegen. Wenn es sich um ein Ministerium mit klar abgegrenzten Kompetenzen hätte handeln können, wäre das eine Erleichterung für das Amt, aber es wäre eine wahnsinnige Verkomplizierung im Verhältnis zu den Ländern. Auch da war ich wieder als Ländervertreterin und habe mit Argusaugen darüber gewacht, dass es kein Ministerium wird. Aber, was die praktische Arbeit und ebenso natürlich auch die Kooperation betrifft, hat es wahrscheinlich jetzt weniger mit der Form zu tun. Kompetenzen heißt ja nicht nur, Beamte und Geld haben, sondern Kompetenzen heißt ja auch, Kooperationen zu machen. Ich meine, wir können natürlich ganz weite Strecken unserer Aufgaben gar nicht erfüllen ohne die Kooperation mit denjenigen, die sie an anderer Stelle erfüllen. Das macht es sehr kompliziert. Das zwingt uns aber in eine Kooperationsbereitschaft und Fähigkeit hinein, die dann letztlich für das ganze System nützlich sein kann, wenn es funktioniert. Wenn es nicht funktioniert, geht vieles kaputt, aber wenn es funktioniert, ist es sehr nützlich, weil dann immer mehrere Partner gemeinsam an einem Problem arbeiten.

Jetzt springe ich einmal kurz, weil ich das auch für sehr wichtig und aktuell halte, nämlich das Thema Deutscher Musikrat. Frau Steinbach, das stimmt. Ich habe das natürlich jetzt nicht angesprochen, weil es kurz vorher das Thema war. Vorweg will ich gleich sagen, die Projekte, die vom Deutschen Musik-

rat jetzt mit unseren Mitteln mitfinanziert und durch die Kulturstiftung der Länder gesteuert wurden, die Projekte sollen nicht gefährdet sein und sind auch nicht gefährdet. Das Problem beim Deutschen Musikrat ist etwas, das sich jetzt wieder irgendwie die Hand geben kann mit dem, was ich vorhin über Organisationsstrukturen gesagt habe. Der Deutsche Musikrat ist ein Verein mit unendlich vielen Mitgliedern, eine Interessenvertretung, ein Verein, der von sehr vielen Stellen Gelder für ganz unterschiedliche Zwecke bekommt. Das Geld, das von uns kommt, fließt zum größten Teil über die Kulturstiftung der Länder in die Projekte, die der Deutsche Musikrat wiederum fördert. Das heißt, die Struktur ist einfach zu kompliziert. Sie ist zu kompliziert, und es ist eine schwierige Vermengung aus Vereinsinteressenvertretungsfunktionen auf der einen Seite und betriebswirtschaftlichem Handeln auf der anderen Seite. Unser Ziel ist im Grunde, eine neue Form zu schaffen, wo die Vergabe ganz klar durch einen Geschäftsführer in einer GmbH oder Stiftungsform oder Fondsform, wie immer Sie wollen, gesteuert wird. Das muss nun diskutiert werden, aber klare Vergabe durch eine Stelle und Kontrolle dieser Stelle durch ein Gremium - regelmäßig und von klarem Auftrag. In diesem Kontrollorgan kann dann natürlich auch der Verein Deutscher Musikrat als Gesellschafter oder als Mitglied im Aufsichts- oder Verwaltungsrat vertreten sein. Die Struktur muss verändert werden und insofern ist es im Grunde jetzt auch ein fast längst erwarteter Appell, jetzt muss es sein. Es ist natürlich auch durch den neuen Geschäftsführer ausgelöst. Sie haben Recht, es ist dann auch einfach ein neuer Blick auf die ganze Angelegenheit gefallen.

Wo mache ich weiter? Das Thema Türkei und EU-Beitritt; da können wir natürlich die ganze Welt neu ordnen. Ich war am Montag in Brüssel, gestern war ich in Madrid und jedes Mal ist das Thema natürlich hoch aktuell. Wir reden immer von europäischer Kultur und von Europa, aber eigentlich haben wir keine wirkliche Definition mehr parat. Wir sollten aber eine Definition parat haben, und zwar eine richtig faire. Wir haben viele alte, aber wir sollten eigentlich dieses Thema „Was ist Europa kulturell und politisch?“ noch einmal definieren und es uns ins Bewusstsein rufen, was für das Selbstbewusstsein der Europäer nicht schlecht wäre. Es gibt natürlich bei diesem EU-Beitritt oder der Aufnahme noch ganz andere Aspekte als die kulturellen. Es gibt natürlich schlichtweg auch drängende politische Aspekte, die man berücksichtigen sollte und dabei dann möglicherweise zu dem Ergebnis kommt, die politischen sind einfach wichtiger. Trotzdem bin ich sehr dafür - ich habe sogar in den letzten zwei Tagen verstärkt daran gedacht -, dass ein kleines Fachsymposium zum Thema „Was ist Europa, was macht Europa aus?“ eigentlich noch einmal wieder nützlich wäre. Es findet ja regelmäßig statt, aber man muss diesen Prozess auch immer wieder diskutieren.

Beutekunst ist ganz ähnlich; Beutekunst ist eben auch immer wieder in diverse politische Verschränkungen verwickelt. Ich habe selbst mit Schwydkoi gesprochen, er war der allererste Partner, mit dem ich überhaupt gesprochen habe, da war ich noch nicht einmal richtig im Amt. Es ist einfach heikel, es wird heikel bleiben und es wird immer nur in Einzelfällen lösbar sein. Aber, ich sage das jetzt einmal in einer Unbefangenheit, ich lehne natürlich Koppelgeschäfte prinzipiell ab. Ich weiß nicht, ob mir viele Koppelgeschäfte angeboten werden, aber ich weiß, dass dieses Ansinnen immer wieder auftaucht. Ich finde, das sollten wir immer in allen Fällen strikt trennen. Man kann ja füreinander jeweils etwas tun, aber nicht in Koppelung - das halte ich für schädlich. Dann kommen wir einmal zu dem Bereich der neuen Bundesländer. Der Fonds und die Fortschreibung der 30 Millionen sind höchst bedroht, natürlich weil der Finanzminister selbstverständlich die feste Position vertritt, alle Forderungen im Ko-

alitionsvertrag müssen vom jeweiligen Ressort gedeckt werden. Dass wir keine 30 Millionen decken können, ist klar. Bei den drei Millionen ist es etwas anderes, darüber kann man innerlich ringen und feilschen und sich auseinandersetzen, aber auch das ist schwer. Da hat jemand die Frage nach den Spielräumen gestellt. Die Spielräume zur Gestaltung sind natürlich gering, wenn man sie nur unter Geldaspekten sieht. Die Spielräume, Gelder irgendwo wegzunehmen und woanders einzusetzen, sind prinzipiell groß, nur politisch sind sie nicht so groß. Das sind auch echte gemeinsame Aufgaben, denn überall da, wo es dann wirklich strittig wird, können wir es eben auch nur gemeinsam durchstehen. Wenn wir es nicht gemeinsam schaffen, haben wir wenig Chancen. Ich weiß einfach, es gibt Spielräume, es gibt ja auch viel Geld, aber es ist immer sehr schwierig, etwas umzuschichten.

Zum Thema Medien und Film: Vielleicht erst einmal ganz allgemein; es gibt immer eine gewisse Diskontinuität zwischen Vorgängern und Nachfolgern. Das gehört sich auch so. Ich finde alle Papiere des Vorgängers oder der Vorgänger hochinteressant. Ich teile nicht in allen Punkten die Position. Ich teile sie nicht, was die Äußerung angeht - weil sie auch viel zu kurz gegriffen und lapidar ist. Ich teile sie nicht, was die Übertragung der Filmförderung komplett an die FFA betrifft. Da sind wir wieder bei dem üblichen Thema. In der Struktur, in der die FFA im Moment arbeitet, glaube ich nicht, dass wir das tun sollten. Man kann darüber natürlich diskutieren, verändert man ein bisschen diese innere Struktur - wir haben uns ja beide da kennengelernt -, verändert man da etwas, hat man das Ziel, es zu verändern, dann kann man auch darüber reden, ob es ein Instrument zur Entpolitisierung bei der Vergabe der Mittel wird. Das trifft ebenso zu bei der Frage Deutscher Filmpreis und auch kein Thema, soll es eine Deutsche Filmakademie geben, also soll es noch ein Gremium geben, noch einen runden Tisch von Produzenten, mit denen man dann auch gemeinsam besprechen und planen sollte, wie wir den Deutschen Filmpreis vergeben, also mit welchen Jurys und mit welchem Öffentlichkeitseffekt? Ich bin da sehr offen, ich bin aber auch der Meinung, dass wir da, wo wir Gelder geben, die volle Verantwortung tragen müssen. Ich gebe das nicht ab, ich gebe es nur in Institutionen, die GmbH's sind, deren Aufsichtsratsvorsitzender hier am Tisch sitzt, sprich, der ich bin. Ich habe sonst einfach den Verdacht, dass man es nicht mehr steuern kann. Was heißt hier Verdacht - ich weiß, dass man es nicht mehr steuern kann, wenn man da nicht selbst dem Gremium vorsitzt oder zumindest die Mehrheit hat. Was meinen Vorgänger angeht - das habe ich alles zur Kenntnis genommen.

Zum Thema Deutsche Welle, auch da bin ich etwas offener, auch da finde ich, es muss ein deutscher Kultursender sein. Viel mehr vielleicht noch als bisher, und dazu gehört mehr Sprache und mehr Kultur. German TV, das halte ich für einen nicht uninteressanten Ansatz. Das hinkt ja noch ein bisschen. Wir können es sowieso nur direkt im Zusammenspiel mit dem Intendanten und mit denjenigen, die es auch machen, angehen. Wir müssen die Probleme, die jetzt entstanden sind, in jedem Fall lösen. Das ist klar, dass es nicht funktioniert. Entweder kommt man dann in die Kabelnetze oder es gibt ein ganz neues System, wo man Fernsehsender abfragt. Aber so, wie es jetzt im Augenblick ist, sowohl in Amerika als auch bei uns, ist es einfach noch nicht das optimale Instrument. Ich bin der Meinung, dass man das mit dem Intendanten Hand in Hand machen muss, sonst geht es nicht. Es ist eine selbstständige Rundfunkanstalt, ich will da nicht hinein regieren. Da bin ich genauso kooperationsbereit wie bei allen anderen Schnittstellen. Man muss es ja immer gemeinsam machen, sonst macht es keinen Sinn.

Bewachung, Verbote und Restriktion: Das ist für mich auch ein ganz schreckliches Thema, was ich eigentlich aus tiefstem Inneren sofort, spontan und radikal ablehne. Ich könnte sogar begründen, warum ich es ablehne; ich lehne es im Grunde deshalb ab, weil ich glaube, das Problem liegt tatsächlich woanders. Das Problem liegt nämlich im Thema Medien - also kulturelle Bildung, Medienerziehung. Wie schaffen wir es, mit unseren Angeboten wirklich vom Kleinkind an ein Bewusstsein für das richtige Umgehen mit Medien zu erziehen? Das halte ich für eine ganz wichtige Aufgabe für uns. Medienerziehung - das hat ja auch etwas mit mündigem Selbstbewusstsein zu tun; das wiederum könnte ich jetzt leider stundenlang predigen. Das hebe ich mir aber auf. Nach meiner Meinung ist es unabdingbar, dass Kinder vom frühesten Alter an, so wie sie Sprachen lernen, Kunst wahrnehmen lernen müssen. Egal, ob Musik oder Bild oder Sprache. Das muss ganz früh anfangen, weil es einfach die Sinne und die selbstkritische Distanz schärft. Es ist die einzige Möglichkeit, spielerisch von sich selbst einmal abzusehen und sich nicht im Leistungsdruck zu verkrampfen und dann sehr anfällig für Aggressionen und Gewalt zu werden. Medienerziehung ist eigentlich eher mein Thema. Wir haben jetzt noch nicht das perfekte Instrument; das müssen Sie mir nachsehen. Das ist ein Instrument, was wir entwickeln müssen. Ich weiß nur, dass wir es tun sollten. Ich glaube, mit den großen Brocken bin ich durch.

Vorsitzende: Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen. Gibt es noch weitere? Ich lese einmal vor. Das sind Herr Dr. Gauweiler, Frau Krüger-Leißner und Frau Lengsfeld. Wenn jetzt keine weiteren Meldungen sind, würde ich die Liste schließen, damit wir dann auch noch eine letzte Antwortrunde haben können. Herr Dr. Gauweiler, Sie sind an der Reihe.

Abg. Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, Frau Ministerin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen. Wir hatten am Anfang dieser Debatte eine technische Diskussion und ich traue mich kaum zu sagen, dass ich nicht nur Fragen an Sie, Frau Ministerin, zu stellen habe, sondern in der Naivität des Neulings habe ich den Ausschuss so verstanden, dass wir dies als Forum verstehen und wechselseitig unterschiedliche Politikentwürfe diskutieren und beraten, die Alternativen, die ja das Wesen der Politik ausmachen, gegenüberstellen und hier nicht so das Verhältnis Lehrkollegium - Schülermitverwaltung praktizieren. Aber das heißt nicht, dass nicht auch die eine oder andere ganz wichtige Frage gestellt werden sollte. Zunächst hat mir der Kollege Barthel den freundlichen Teil meiner Begrüßung etwas verdorben durch seinen Hinweis auf die Bemerkung des bayerischen Kultusministers Zehetmair von vor vier Jahren, der sagte: „Dieses Staatsministerium im Bundeskanzleramt ist so sinnvoll oder notwendig wie das Marineministerium der Schweiz“. Das war nicht böse gemeint von ihm, nur so ein bisschen. Ich darf Ihnen dann halt ein herzliches „Schiff ahoi“ für Ihre Aufgabe wünschen. Es war doch versöhnlich, dass Sie an Ihre eigene Zeit in der Kulturministerkonferenz erinnert haben. Sie wissen aus den ganzen Debatten, das eine ist der Kompetenzkonflikt, der jeder Debatte einen kleinlichen Zug gibt, aber der andere Teil der Medaille ist doch auch der - und nachdem Sie mich als Vertreter einer Partei ja angesprochen haben, die sich prononciert föderalistisch versteht -, ob wir sagen, dass der Föderalismus wirklich seine Legitimation nur aus der Vergangenheit bestimmt und ob es wirklich so ist, dass die Staatsministerin bzw. der Staatsminister für Kultur in Deutschland ein Zentralismusminister sein soll. Ich glaube, wer jetzt die politischen Kämpfe in diese Richtung versuchen würde, der würde der Kultur in Deutschland, die ja von dem Motto „Einheit durch Vielheit“ bestimmt ist, einen schlechten Gefallen tun. Ich möchte Ihnen jetzt auch gerade zum Beginn ein letztes

Mal Frau Senatorin a.D. sagen, auf dass Sie die Aufgabe, die Sie wahrnehmen, aus unserer Sicht auch treuhändlerisch für die deutschen Länder in internationalen Debatten führen.

Ich denke auch, dass Sie uns bei Gelegenheit vielleicht etwas dazu sagen sollten, wie Sie den geänderten Artikel 23 des Grundgesetzes Abs. 5 oder Abs. 6 verstehen. Die Änderung, die der Bundestag mit großer Mehrheit nach dem Maastricht-Vertrag auf Betreiben der Kultusministerkonferenz beschlossen hatte, dass nämlich in Zukunft die Vertretung der Bundesrepublik zum Beispiel bei Gremien der Europäischen Union, wenn der Beratungsgegenstand in der Europäischen Union überwiegend im Bereich der Länderkompetenz liegt, von sich aus eine Vertretung durch ein Mitglied des Bundesrates anstrebt - das brauchen Sie nicht heute zu beantworten. Wenn Sie es zu schnell beantworten, dann fehlt meistens etwas. Die Kritik an der Institution und an der Organisation des Amtes, die bleibt. Die hat mit Ihrer Person und Wertschätzung überhaupt nichts zu tun, aber Schweiz und Marine hin oder her, vom Kompetenzzuschnitt - Sie brauchen ja nur Ihre eigenen internen Verhandlungen anzuschauen - bleibt doch der Bauchladencharakter dieses Ressorts, dieses Staatsministeriums im Kanzleramt. Es ist jetzt ein charmanter Bauchladen, aber der Charakter bleibt bestehen und jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt, egal von welchem weltanschaulichen Violschlüssel her, weiß doch, wenn man das Grundgesetz nach kulturzentralstaatlichen Kompetenzen befragt, dass dann im Ganzen großes Schweigen ist. Wir würden eine Änderung für einen kulturellen Fehler in der kulturellen Verfasstheit des wiedervereinigten Deutschlands halten und wir sind gespannt darauf, was die neue Staatsministerin, die ja aus der Mitte der Länder kommt, dazu zu sagen hat. Wobei ich auch bei dem Thema noch einmal zu den anfänglichen Anmerkungen kommen möchte. Ich sagte, dass wir uns freuen und interessiert daran sind, dass Sie, Frau Ministerin, oft an diesem Ausschuss teilnehmen. Der Bundestag versteht sich, Neulinge dürfen so etwas sagen, als Forum der Nation und ehe Anliegen und Vorstellungen der Bundesregierung sonst in die Öffentlichkeit kommen, wäre es von den Spielregeln her gut, wenn wir dies hier besprechen und erfahren, kritisieren, loben könnten.

Musterbeispiel ist die Debatte um das Schloss, das berühmte Berliner Stadtschloss. Vor fünf Jahren ein großes Thema im Bundestagswahlkampf. Ich habe mir jetzt noch einmal kurz die verschiedenen Diskussionen und Debatten zusammenstellen lassen. Es gab ja in diesem Gremium und in der nationalen Debatte, in der nationalen Kulturpolitik, über drei Bauwerke große und spannende Beratungen und Diskussionen. Natürlich das Brandenburger Tor, die Frauenkirche in Dresden und das Berliner Stadtschloss. Es gibt viele, die erleichtert waren - das hätten wir denen gar nicht zugetraut -, als der Bundeskanzler Schröder sagte, dass er sich an die Spitze der Bewegung stellen wird, dieses Schloss wiederherzustellen. Das war vor fünf Jahren und jeder weiß, das sage ich ohne jede Polemik, in der Zwischenzeit ist kein Stein in diesem Bereich bewegt worden. Ich habe dem 14. Bundestag nicht angehört, aber ich weiß als Teilnehmer einer interessierten Öffentlichkeit, dass der Bundestag hier eine klare inhaltliche Vorgabe an die Regierung gemacht hat. Jetzt ist in der heutigen Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu lesen, dass das eigentlich für die Zwischennutzung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ganz anders ist. Muss man eine geeignete Zwischennutzung beginnen. Baubeginn und Finanzierung seien völlig unklar. Sie äußern sich dann auch für die Zwischennutzung. Zitat: „Allerdings dürfen keine Kosten für den Bund entstehen“. Ich fand das einen interessanten Teil Ihrer Ausführungen, auch darüber könnten wir debattieren und das Argument verdiente auch die Debatte. Ich überlasse den Teil Frau Lengsfeld, die neben mir sitzt. Nur ist dies eine ganz klare Änderung der Poli-

tik dieser Regierung. Denn diese Regierung hat nach dem Beschluss des Bundestages ganz definitiv und ganz klar gesagt: Selbstverständlich wird gebaut. Wenn das jetzt hier so en passant einer stauenden Öffentlichkeit mitgeteilt wird, das machen wir eigentlich für Jahre und Jahrzehnte ganz anders, dann wäre das ganz klar, dass Sie dies natürlich dem Souverän - das sind nicht die CDU/CSU und FDP, sondern das ist die Volksvertretung in ihrer Gesamtheit - dies mitteilen und sagen, wir können nicht anders, wir bitten um einen anderen Beschluss. Auf die Tour halte ich es für nicht so gut.

Frau Steinbach hat nach dem Begriff der Kulturverträglichkeit gefragt und hatte als Beispiel gesagt, das dies nicht nur ein steuerlicher Aspekt sei, sondern auch ein ganz großes hochdramatisches politisches Thema. Sie haben ja gleich einen interessanten Vorschlag dazu gemacht. Herr Tauss hatte vorhin eine ganz kurze Bemerkung von mir bei der letzten Sitzung angesprochen. Nur zur Vollständigkeit. Ich darf daran erinnern, bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hat ein Vertreter der Regierung, ich glaube es war Herr Fischer, das hübsche Wort gesprochen, dass Rot-Grün eine kulturelle Mehrheit in Deutschland hätte. Ich habe dann gesagt, wir als Opposition sind dazu da zu schauen, ob das stimmt. Das war sehr tapfer und ich freue mich darauf. Es gibt ja viele Themen - jetzt sind wir nett und entspannt beieinander -, wo wir aber automatisch vereisen, weil wir ganz böse aufeinander sind. Nehmen Sie die Debatte Einwanderung, nehmen Sie die Debatte Rauschgiftfreigabe und viele andere Bereiche. Die müssen natürlich auf Ihre Kulturverträglichkeit diskutiert werden. Wir können das natürlich nicht nur da tun, wo es uns gerade passt. Wo es passt, da machen wir es und wo nicht, da entwinden wir uns einer solchen Debatte und uns fällt jeder Trick ein, das hinauszuziehen. Frau Vorsitzende Griefahn hat als ehemalige Umweltministerin in der Beratung der Regierungserklärung gesagt: „Ich sehe die Kulturverträglichkeitsprüfung ein bisschen so, wie wir es damals bei der Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht haben“. Im Gegensatz zu manchen anderen in meiner Partei habe ich den Bezug für richtig und gut gefunden. Das Wort von der Umweltverträglichkeitsprüfung ist zwar für viele ein Schreckenswort, die immer denken, das ginge so auch. Aber in Wahrheit hat es den Sinn, eine klare und nachvollziehbare und nachprüfbare Regelung zu schaffen. Wir werden heute nicht ein solches ganz differenziertes Verästelungswerk brauchen, aber eine klare Regel muss die Bundesregierung für diesen Begriff schaffen, den wir bisher nur in der europäischen Debatte um den Artikel 151 EGV kennen - und darüber gibt es ja interessante Diskussionen. Insofern müssen Sie uns natürlich schon eine für uns nachvollziehbare diskutabile Regelung machen, wie sich die Bundesregierung, wie sich die Koalition diese Kulturverträglichkeit im Einzelnen bei den Gesetzen, mit denen Sie die Deutschen beglücken wollen, vorstellt. Da glauben wir, dass es angemessen ist, nachdem das ja ein ganz neuer Punkt der Regierungserklärung, in der nationalen Debatte war, dass Sie uns in einem absehbaren Zeitpunkt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einen entsprechenden Vorschlag machen, den wir dann bei uns diskutieren und beraten, um hier mit Ihnen die Klinge kreuzen zu können. Alles in allem, wir wünschen Ihnen und uns eine interessante Zeit und dass wir die öffentliche Sache, jeder mit der Pflicht, die er hat, ein bisschen voranbringen können. Ich habe heute morgen einen Aufsatz von Wolf Biermann gelesen, den Geheimrat Goethe zitierend: „Aufrichtig zu sein, kann ich versprechen, unparteiisch zu sein aber nicht“. Das gilt auch für mich, ich wünsche Ihnen aber trotzdem alles Gute.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Vielen herzlichen Dank. Ich freue mich erst einmal auf die Zusammenarbeit, Frau Ministerin, auch nachdem ich Ihre Schwerpunkte, aber auch Ihre ganz klare Positionierung gehört habe. Zwei Dinge sind mir da besonders aufgefallen. Einmal das, was Sie zur Orientierung der Arbeit des Bundes in den doch bedeutenden Stiftungen gesagt haben - die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Wir sind ja dort in der Lage, oder wir bekommen, denke ich, eine Chance, in den Neuverhandlungen zu dem Finanzabkommen, was ja in den nächsten Jahren vor uns steht und schon nächstes Jahr beginnt, auch noch einmal zu überlegen, ob wir die Schwerpunkte, die Prämissen, die wir dort gesetzt haben, auch richtig gesetzt haben. Da ist ja eine Diskrepanz zwischen diesen beiden Stiftungen und unserem Engagement dort zu erkennen. Vielleicht war gestern die Beratung des Berliner Abgeordnetenhauses, das gerade über das weitere Wirken der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten debattiert hat und dort sehr große Probleme gesehen hat, auch ein Zeichen dafür, dass man das eventuell als Chance zur Neuorientierung nutzen kann. Über die Probleme, die Sie auch sehen, zum Beispiel solche Schlösser wie Paretz und Oranienburg dort mit hineinzunehmen, bin ich sehr erfreut. Aus meiner Sicht muss das auch sein, weil diese beiden Schlösser im Moment noch in einer Übergangsfinanzierung hängen, und zwar an der kommunalen Mitfinanzierung. Wie die Finanzkraft der Kommunen derzeit aussieht, wissen wir alle. Es kann nicht sein, dass es um so wichtige Einrichtungen Zerreißproben auf der kommunalen Ebene gibt. Da werden Sie unsere Unterstützung bekommen.

Die zweite Sache, die mir ganz besonders am Herzen liegt, sind die Gedenkstätten. Da kann ich, Herr Nooke, eigentlich eine ganz klare Aussage in unserer Koalitionsvereinbarung finden. Da steht ganz klar, dass wir, was die weitere Förderung der Gedenkstätten in Deutschland betrifft, dies auf der Grundlage der Gedenkstättenförderung weitermachen werden. Ich sage einmal, wenn man herummäkeln will an dem, was wir in der letzten Legislaturperiode gemacht oder vielleicht nicht gemacht haben, dann ist das aber doch ein Punkt, wo wir ein Engagement gezeigt haben, das beispiellos ist. Da würde mir Herr Gauweiler auch Recht geben, denn mit der Gedenkstättenkonzeption sind wir ja auch in die Förderung der alten Bundesländer eingetreten. Welche Impulse das im Freistaat Bayern ausgelöst hat, glaube ich, das haben Sie sehr wohl wahrgenommen. Die neuen Konzeptionen, die dort erarbeitet wurden, jetzt doch auch mit starkem Engagement Ihres Landes, haben dazu geführt, dass die neuen Konzeptionen Dachau und Flossenburg in der Umsetzung sind und wir lang Versäumtes nachholen können. Oder denken wir nur an das Sonderprogramm, das wir jetzt zur Umstrukturierung der Gedenkstätte in Sachsenhausen im letzten Jahr noch auflegen konnten. Das ist aus meiner Sicht beispiellos. Wir haben - das hat Frau Ministerin ganz richtig gesagt - hier unser konzeptionelles, aber auch finanzielles Engagement mehr als verdoppelt. Meine Frage ist, haben Sie Bedenken, gerade auch durch den Druck zur Konsolidierung, dass wir dieses Niveau nicht halten könnten? Aus meiner Sicht ist es gerade, weil wir auch einen Nachholbedarf in der Umstrukturierung, in der Neukonzipierung der Gedenkstätten der SED-Diktatur sehen, notwendig, dieses Niveau, dieses Engagement zu halten, damit wir dort den notwendigen Nachholbedarf in diesem Bereich weiterführen können. Hier sind übrigens auch die Länder gefragt. Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Länder diese Konzeption - so wie wir sie beschlossen haben, auch mit Ihren Einvernehmen - weiterfahren. Wir wollen das und das haben wir ganz deutlich in der Koalitionsvereinbarung gesagt, wir haben sogar auch Beispiele benannt. Auch unser Engagement bezüglich der Topographie ist dort ganz klar mit einer Zusage be-

legt oder auch, parallel zu den Denkmälern, die wir bereits in Angriff genommen haben, der Gedenkort für homosexuelle Opfer des NS-Regimes - das ist eine neue Aufgabe in dieser Legislaturperiode. Diese müssen wir gemeinsam angehen und ich hoffe, dass wir das auch mit dem gleichem Engagement, das wir bisher hatten, weiter fortführen können. Danke.

Vorsitzende: Herr Nooke und Herr Kubatschka. Ich hatte vorhin gefragt, ob wir die Rednerliste schließen können. Ich hätte gerne, dass wir das jetzt auch tun. Man muss sich dann auch an Verabredungen halten. Jetzt ist noch Frau Lengsfeld dran und dann wollten wir einen Strich machen.

Abg. Vera Lengsfeld (CDU/CSU): Frau Ministerin, ich schließe mich natürlich erst einmal den Glückwünschen und der Hoffnung auf gute Zusammenarbeit an. In aller Kürze, um die Zeit nicht zu strapazieren, möchte ich meine vier Punkte vortragen. Der erste betrifft Ihre Ausführungen zu Weimar. Da sagten Sie den Satz: „Handeln können wir erst, wenn die Stadt ihre Versprechungen erfüllt“. Das klingt für mich so, als wollte sich der Bund aus seinen Verpflichtungen für Weimar zurückziehen, das würde ich nicht angemessen finden. Die Situation der Stadt Weimar ist bekannt. Wenn man die zur Voraussetzung des Engagements des Bundes macht, dann findet das Engagement des Bundes nicht statt. Das möchte ich hier einmal in aller Klarheit gesagt haben und da auch schon einmal Widerstand ankündigen. Ich hätte das sonst etwas vorsichtiger und eleganter formuliert, wegen der Kürze der Zeit rede ich jetzt Klartext. Das zweite ist Ihre Zwischennutzung für den Palast der Republik. Ich wundere mich da schon sehr. Es gibt einen ganz klaren Beschluss des Parlamentes und diesem Beschluss des Parlamentes sind zehn Jahre Debatte vorausgegangen. Für mich sieht diese Zwischennutzung so aus - unter dem Motto: Provisorien sind nicht Tod zu kriegen -, als versuche man auf diese Weise, diesen ganz klaren Beschluss des Parlamentes auszuhebeln. Ich frage mich auch, wer glauben soll, dass man dort eine Spielstätte errichten kann, ohne dass es den Bund etwas kostet. Wer soll dann die Kosten tragen, etwa Berlin, das die größten Schwierigkeiten hat, überhaupt die Bühnen, die derzeit spielen, am Leben zu halten und wo ganz erbitterte Debatten darüber stattfinden, welches Theater als Erstes geschlossen wird. Also, Berlin wird das ganz bestimmt nicht finanzieren können, wenn es ohne Geld des Bundes gemacht werden soll. Wer sollte denn das finanzieren und wer sollte denn dann noch ein Interesse daran haben? Für mich jedenfalls sieht das so aus, als sollte diese Zwischennutzung etabliert werden, um das Stadtschloss zu verhindern. Auch hier möchte ich unseren ganz energischen Widerstand ankündigen. Punkt drei ist, was Sie - Sie haben inzwischen schon dazu Stellung genommen, aber ich möchte es trotzdem noch einmal aufgreifen - zu den SED-Gedenkstätten gesagt haben, Sie haben das hier sogar als „Ihre SED-Gedenkstätten“ bezeichnet. Ich möchte das wirklich zu bedenken geben, dass das nicht angemessen ist. Das sind unser aller Gedenkstätten, das ist nicht nur ein Problem der ehemaligen DDR, sondern es ist sehr wohl ein Problem der ehemaligen Bundesrepublik, also unserer gemeinsamen Geschichte. Da ist allerdings die Situation auch so, dass zum Beispiel mit dem Land Berlin nicht verstärkt zu rechnen ist, was zum Beispiel das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen betrifft. Da zeichnet sich eine relativ dramatische Situation ab. Es gibt Bestrebungen im Land Berlin, die Zuwendungen radikal zu kürzen. Für Hohenschönhausen oder diese ganz wichtige SED-Gedenkstätte ist das eine Frage des Überlebens, dass der Bund sich klar dazu bekennt und auch klar die Verantwortung übernimmt. Ich möchte Sie bitten, sich auch dafür zu engagieren. Das vierte betrifft einen Punkt, den Herrn Nooke schon aufgegriffen hatte, den Sie aber nicht beant-

wortet haben, und zwar die Kulturförderung im Sinne des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes. Was ist da geplant? Ich möchte Sie bitten, da noch einmal klar zu sagen, was Sie sich da vorstellen, wie Sie sich da engagieren wollen, ganz besonders in bezug auf das geplante Zentrum gegen die Vertreibung hier in Berlin.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM): Die letzten drei Wortmeldungen treffen sich an vielen Punkten, also am Thema Gedenkstätten, Palast der Republik, Schloss und Weimar. Ich beginne zunächst mit Weimar, weil das ein spezieller Punkt war. Es gibt einen schlichten Vertrag zwischen der Stadt Weimar und dem Bund; Vertrag ist erst einmal Vertrag. Der Bund hat überhaupt keinen Grund, diesen Vertrag zu brechen. Das Geld ist auch da, aber unser Vertragspartner, die Stadt, muss sich dazu verhalten. Sie muss sich einfach dazu verhalten. Im Augenblick ist sie in der Pflicht. Das macht ehrlich gesagt, auch Sinn, wenn sie das dann nicht kann, dann brauchen wir auch eine Begründung, wir brauchen auch eine klare Aussage. Also, wir halten unser Versprechen bisher in vollem Umfang, aber wir sehen, dass unser Vertragspartner nicht so zuverlässig zu sein scheint, wie wir das gedacht haben.

Noch einmal, Palast der Republik und Schloss. Ich habe ja deutlich gesagt, ich kann natürlich mit dem Schlossbeschluss leben, es ist eine gute Mischung, es ist ja noch nicht finanziert. Der Baubeginn kann ja nicht im Jahre 2003 sein. Er kann erst dann sein, wenn man ganz genau weiß, was man bauen will, wie teuer es wird und woher das Geld herkommt. Das kommt dann vom Bund, das ist ja Ihr Beschluss. Natürlich kann man den Palast der Republik nach der Sanierung jetzt sofort abreißen, aber dann hat man ein noch größeres Loch. Ich halte es nicht für wirklich sinnvoll. Ich bin dafür, dass man den Palast der Republik jetzt für diese Zwischenzeit nutzt. Weil man so viel Geld ausgeben musste, um ihn zu sanieren, halte ich dies für sinnvoll. Es gibt Ausstellungsprojekte und es gibt auch Projekte, die privat finanziert sind. Da verstetigt sich überhaupt nichts. Es würde sich nur verstetigen, wenn eine Institution Zugriff darauf nehmen würde. Eine Institution, die öffentlich subventioniert ist. Dann könnte man sagen, das ist der erste Schritt zu einem Provisorium, das ewig bleibt. Das ist nicht beabsichtigt, aber handeln sollten wir. Das Ding leer stehen zu lassen, ist noch schlimmer als gleich abreißen, aber gleich abreißen ist an dem Stand der Planungen nicht sinnvoll.

Es tut mir sehr Leid, dass ich gesagt habe „Ihr“, ich habe natürlich gemeint „Ihr Thema“, Herr Nooke, die SED-Gedenkstätten. Es ist entsetzlich, wenn Sie das jetzt so auslegen. Natürlich ist das unser aller Problem, aber Hohenschönhausen hat genau den gleichen Bundesanteil wie alle anderen Gedenkstätten, nämlich 50 Prozent. Die investiven Maßnahmen beginnen noch nicht, weil noch kein Konzept vorliegt. Also, auch da wieder, alles andere hat keinen Sinn. Wir brauchen in allen Fällen ein klares Konzept, dann können wir unsere Finanzierungszusage auch erst realisieren. Bei der Kulturförderung der Vertriebenenkultur, meine ich, ist unheimlich viel getan worden in den letzten Jahren. Das halte ich jetzt gar nicht für ein brennendes Problem, weil viele Stiftungsprofessuren und andere Variationen ja auch von Förderung dieser Kulturen gemacht worden sind. Das Zentrum gegen die Vertreibungen, das ja ein tourendes Symposium sein soll, ist nicht vom Tisch. Ich weiß den letzten Stand der Dinge nicht, es geht aber nicht um ein Gebäude, es geht um ein Forum, das tourt. Die Konzeption ist im Auftrag. Ich glaube, ich habe jetzt alle Punkte von meiner Seite beantwortet.

Vorsitzende: Wir haben auch bei den vorherigen Staatsministern einen regen Besuch in diesem Ausschusses gehabt. Wir haben immer ein sehr enges Verhältnis mit den Staatsministern gehabt. Die Frau Ministerin hat das in ihrer Einstiegsrede im Plenum auch noch einmal deutlich gemacht, dass Sie hier mit dem Ausschuss kooperieren möchte. Deswegen werden wir sicherlich die Fragen, die hier noch nicht befriedigend gelöst worden sind, auch noch ausführlich mit konkreten Tagesordnungspunkten und Anträgen diskutieren können. Ich glaube, man muss auch einmal berücksichtigen, in drei Wochen kann man noch nicht die komplette Detailplanung auf den Tisch gelegt haben. Dafür, fand ich, waren es heute schon eine Unmenge von sehr konkreten Schritten, von konkreten Maßnahmen, die auf den Weg gebracht worden sind und werden. Es ist auch unser Job - das sage ich einmal ganz klar im Selbstbewusstsein des Parlaments, wir sind hier der Arbeitgeber-, die entsprechenden Anträge zu stellen, die entsprechenden Entschlüsse zu machen, die entsprechenden Punkte auf den Weg zu bringen, wie wir es zum Beispiel beim Musikrat gemacht haben. Dann wird auch die Ministerin darauf reagieren. Es ist ja nicht nur ein Club, wo man sich austauscht, sondern wir haben ganz konkret die Anforderungen zu stellen, denn das ist die Exekutive. Das haben wir beide hinter uns. Jetzt sind wir die Legislative und sagen, jetzt macht mal bitte. Ich bedanke mich ganz herzlich, Frau Ministerin, für diese erste sehr ausführliche Beratung und hoffe auch, dass wir das in diesem kooperativen Geist weitermachen werden. Herr Nooke.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU: Frau Vorsitzende, da Sie ja „Verschiedenes“ schon abgeräumt haben und es zu dem Tagesordnungspunkt gehört, den wir gerade behandelt haben, würde ich für die CDU/CSU-Fraktion schon beantragen, dass wir beim nächsten Mal eine konkrete Vorlage haben. Einen Bericht der Staatsministerin, wie sie sich die Zwischennutzung des Palastes der Republik vorstellt, weil ich das schon für relativ dramatisch halte, das war eine sehr konkrete Aussage von Ihnen. Das kann Ihre Meinung sein, wir hatten hier eine andere Meinung geäußert. Wir können uns eine Zwischennutzung nur so vorstellen, dass dort umzubauen ist, dass das in der Größenordnung von mehreren Millionen Euro liegt, dass das privat vorfinanziert wird und dass das dann natürlich damit zu tun hat, dass es sich, je länger es läuft, refinanziert. Hier so zu tun, als könne man dann einfach auch nach ein oder zwei Jahren sagen, jetzt ist Schluss, das ist blanke Illusion aus unserer Sicht. Insofern waren die Aussagen der Staatsministerin dramatisch und wir möchten wissen, was genau vorgesehen ist, damit wir uns hier auch streiten können. Das würde ich als Bericht für das nächste Mal anfordern wollen.

Vorsitzende: Herr Nooke, wenn die CDU/CSU-Fraktion da einen konkreten Antrag formulieren will und diesen dann einbringen will, können Sie da ja gerne tun. Ich kann das hier nur als Anregung aufgreifen, dass wir im Obleutegespräch am 4. Dezember besprechen, wann wir das auf die Tagesordnung setzen. Ich sage einmal, wir haben uns heute darauf verständigt - ich möchte das ganz deutlich sagen -, dass wir am 18. Dezember, das ist die nächste Sitzung, den Haushalt behandeln. Wir haben da ohnehin schon eine erweiterte Zeit besprochen. Wir haben uns heute darauf verständigt.

Abg. Günter Nooke (CSU/CSU: Ich habe ja nur einen schriftlichen Bericht angefordert, weil wir uns in diesem Punkt nicht einig sind. Die Staatsministerin hat eine klare Äußerung gemacht, die aus unserer Sicht nicht ausreicht.

Vorsitzende: Aber wenn Sie debattieren wollen, dann müssen wir das auf die Tagesordnung setzen.

Abg. Günter Nooke (CSU/CSU): Erst einmal den schriftlichen Bericht. Ich denke, wir haben hier einen kontroversen Punkt. Ich möchte wenigstens wissen, was gemacht wird, sonst heißt es, hier wurde darüber informiert und jetzt wird das umgesetzt.

Abg. Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU): Sie hat sich heute in der Öffentlichkeit zu diesem Thema geäußert und zwar in den ersten Wochen ihrer Amtszeit.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich bitte um Verzeihung, ich glaube, wenn Frau Weiss jetzt eine Äußerung gemacht hat, dann kann man natürlich fragen, was sie hier als Privatperson oder als Staatsministerin gemacht hat. Was den Palast der Republik betrifft, kann man die Frage, wie man damit umgeht, nicht von Frau Weiss abhängig machen. Wir wissen doch alle, wie der Prozess zustande gekommen ist. Es gibt auch eine gemeinsame Kommission mit dem Land Berlin. Berlin ist doch mit dabei. Ich finde, so einfach darf man es sich nicht machen. Ich finde, es ist in Ordnung, wenn man einmal eine aktuelle Stunde am Anfang macht, dass man eine Stellungnahme abgeben kann. Aber jetzt hier, angesichts der Zuständigkeiten, müsste sie das erst einmal im Umlaufverfahren machen. Sonst bleibt das doch eine Privatmeinung. Sie darf doch eine Meinung haben.

Vorsitzende: Bis es einen Kabinettsvorschlag gibt, muss man natürlich einen abgestimmten Prozess in Gang bringen. Deshalb schlage ich noch einmal vor: Sie können dazu ganz konkret einen Antrag einbringen, der wird im Parlament und dann hier diskutiert. Dann muss sich die Frau Ministerin mit den anderen Ministerien abstimmen und konkret eine Antwort auf den Antrag oder die Anfrage formulieren. Einfach so funktioniert das in der Tat nicht. Frau Weiss, bitte.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM): Ich muss das einfach klarstellen. Sie haben mich gefragt, was ich für sinnvoll halte, was ich für eine Meinung zum Palast der Republik und zum Schloss habe. Das habe ich gesagt. Ich habe ja gar keine Zwischennutzungen zu machen. Ich habe ja gar kein Zugriffsrecht. Wenn vernünftige Zwischennutzungen angeboten werden, finde ich es besser sie zu nutzen, als es leer stehen zulassen.

Vorsitzende: Also gut, wir haben beschlossen, dass wir in der Dezembersitzung den Haushalt debattieren. Es können natürlich jederzeit im Parlament Anträge eingebracht werden, die Obleute entscheiden dann, wann diese auf die Tagesordnung kommen. Insofern kann das immer noch am 4. Dezember diskutiert werden. Das ist jetzt einmal Punkt eins. Ich wollte Sie nur noch einmal auf die Einladung aufmerksam machen, die auf Ihren Tischen gelegen hat, zu der Bundesverdienstkreuzverleihung an Herrn Barenboim am 18. November um 14.30 Uhr im Roten Rathaus. Es wäre ganz gut, wenn der Ausschuss dort vertreten wäre, weil ich persönlich an diesem Tag nicht kann. Ich habe eine andere wichtige Veranstaltung. Ansonsten darf ich mich bedanken. Im Obleutegespräch am 4. Dezember werden wir auch die Jahresplanung machen, da kann man ja die Themen aufsetzen.

Abg. Jörg Tauss (SPD): Entschuldigung, da fehlt noch ein Tagesordnungspunkt. Wir hatten einen Antrag zur Einsetzung eines Unterausschusses eingebracht.

Vorsitzende: Dieser wurde am Anfang der Sitzung verschoben. Es ist alles abgearbeitet. Herzlichen Dank und bis zum Obleutegespräch am 4. Dezember 2002.

Schluss der Sitzung: 18:20 Uhr

Monika Griefahn, MdB
Vorsitzende